

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die **Volkstimme** erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: A. Meißnerfeld, für Anzeigen: W. Bindau. Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co. sämtlich in Magdeburg, Gr. Mühlstraße 3. Fernruf Nr. 23561—23565. — Postzeitungsliste Seite 120. — Bezugspreis: Monatlich 2,30 Mk., Abholer 2,00 Mk., Einzelpreis 15 Pf., Sonntags 20 Pf. Anzeigenpreis für die Magdeburger Hauptausgabe: 1 mm Höhe und 27 mm Breite lokal 13 Pf., auswärts 15 Pf. 1/2% Zuschlag. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitigem Aufhabe keine Gewähr. Magdeburger Postamt Nr. 122 (W. Pfannkuch & Co., Magdeburg).

Nr. 266

Donnerstag, den 13. November 1930

41. Jahrgang

Volksturm gegen hohe Preise

Der verhängnisvolle Schiedsspruch im Berliner Metallkonflikt ist das Tagesgespräch der Arbeiterschaft. Der Spruch schlug wie eine Bombe ein. Kein Wunder, denn dieser Spruch ist, von welcher Seite man auch ihn auch betrachten mag, ein böses Ding.

Auch „Der Deutsche“, die Tageszeitung der Christlichen Gewerkschaften, d. h. also ein Organ, das den Hauptverantwortlichen für die Entscheidung in der Berliner Metallindustrie politisch nahesteht, rückt deutlich von dem Schiedsspruch ab. Das Blatt gibt ohne weiteres zu, daß der Spruch bei der Arbeiterschaft eine große Enttäuschung hervorrufen muß. Als Organ, das die Politik der Brüning-Regierung verteidigt, ist ihm dies Zugeständnis natürlich peinlich. Es versucht daher, den Deutschen Metallarbeiterverband zum Sündenbock zu machen. Dieser soll an dem Hungerpruch schuld sein, weil er die Vereinbarung zur Aufstellung eines Sonderschiedsgerichts mit endgültiger Entscheidungsmöglichkeit abgeschlossen habe. Die Vereinbarung sei das Werk und die Folge einer „verfälschten Gewerkschaftstaktik“ gewesen. Die Kampfpfeiler seien umsonst gebracht worden. Der „Größenwahn“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes habe der deutschen Arbeiterschaft einen bösen Streich gespielt.

Wir verstehen — der Zorn der Arbeiter soll von den wirklich Verantwortlichen abgelenkt werden. Aber wie liegen denn die Dinge? Selbst wenn die Vereinbarung zur Aufstellung des Sonderschiedsgerichts ein Fehler gewesen war, dann ist doch damit nie und nimmer das, was in dem Schiedsspruch enthalten ist, richtig und gut. Und darauf kommt es an. Jetzt, nachdem die Entscheidung gefallen ist, zeigt sich immer deutlicher, daß die acht Prozent Lohnabbau, die der Schiedsspruch vorsieht, zweifellos eine Art Generalparole der Regierung Brüning darstellen. Sie sind ihre große Lohnabbaurichtlinie, und daran ändert auch nichts die Versicherung der Schlichter, daß ihre Entscheidung keineswegs als eine Norm für Lohnsenkungen in anderen Gewerbebezügen und Orten angesehen werden könne und dürfe. Die Schlichter mögen diese Ueberzeugung haben. Tatsächlich wird jedoch ihre Entscheidung in der Praxis die Rolle einer solchen Norm spielen.

Daß — nicht für das gesamte Schiedsrichterkollegium, wohl aber für sehr maßgebende Stellen — die acht Prozent Lohnabbau von vornherein so gut wie beschlossene Sache waren, bestätigt die Erklärung Singheimers, wonach eine Lohnsenkung in Höhe von acht Prozent mit sofortiger Wirkung geplant war, und die entscheidende Frage für ihn nur noch gelautet hat: sofort acht Prozent durch Mehrheitsentscheidung oder wenigstens zeitliche hinauszögerung eines Teils der Lohnsenkung durch einstimmige Entscheidung.

Der **wunde Punkt** des Schiedsspruchs — das wird auch vom „Deutschen“ zugegeben, liegt darin, daß er auf einer Erwartung aufgebaut ist —, daß eine Preissenkung, die diesen Namen wirklich verdienen würde, einträte. Das hebt auch „Der Deutsche“, das Organ der Christen, sehr nachdrücklich hervor. Er schreibt:

Die Schlichter rechneten mit einer Senkung der Lebensmittelpreise. Wir stellen hiermit fest, daß dies für die Schlichter eine wichtige Voraussetzung für ihren Schiedsspruch war. Trifft diese Voraussetzung nicht ein, so wäre derselbe ein Fehlurteil schlimmster Art, dies um so mehr, als er keinerlei Härteausgleich vorsieht.

Wir wollen den Schlichtern ihren Glauben an die Preissenkung nicht abstreiten. Sie mußten jedoch bei ihrer Entscheidung in Rechnung stellen, daß die Metallarbeiterschaft, und mit ihnen zusammen die Massen der Arbeiterschaft, überhaupt einstweilen noch nicht an die Verwirklichung des Preisabbauversprechens glauben. Wenn die Schlichter, wie von einigen Blättern angedeutet wurde, nur auf Grund besondrer Zusicherungen seitens des Kabinetts und der Metallindustriellen sich in der Frage des Preisabbaues zum Defret des Lohnabbaues für die Metallarbeiter bereit erklärt haben, d. h. wenn nach ihrer Auffassung der Preisabbau bis zum Beginn des neuen Jahres eine sichere Sache ist, dann hätte man doch ruhig den Lohnabbau um rund acht Prozent ab Januar davon abhängig machen können, daß bis dahin die entsprechende Preissenkung durchgeführt wird. Technisch unmöglich war das nicht.

Allem Anschein nach liegen die Dinge aber so, daß die

Regierung noch immer an der Möglichkeit, ihr Preisabbauversprechen zu erfüllen, zweifelt. Deswegen sollte zunächst einmal mit dem Lohnabbau ein Anfang gemacht werden.

Was nun? Jetzt gilt es, einer schlechten Sache den größten Stachel zu nehmen. Die Empörung, die der Spruch ausgelöst hat, muß als Sturmblock gegen die

Preismauer angelegt werden. Empörung und Mut müssen den Preisrückfall in Bewegung bringen. Hier liegt vielleicht eine Chance der Arbeiter. Ein Volksturm muß den Preisabbau erzwingen. Das Echo des Hunger-Schiedsspruchs muß lauten: Herunter mit den Wucherpreisen! —

Minister Fried läßt Hausfuchungen machen

„Reichsbanner-Verschöpfung“

Nazi-Angst vor der eignen Courage

Es hat leider erst des 14. September bedurft, um viele der deutschen Republikaner von der Ernsthaftigkeit der faschistischen Gefahr zu überzeugen. Erst seit jenem jähen Erschrecken ist die Abwehrbewegung in Fluß gekommen. Noch steckt alles in den Anfängen. Aber schon fangen die Nazis und ihre Freunde an, sich zu beklagen, daß man sie nicht mehr ungehindert ihre „große Revolution“ vorbereiten ließe.

Im Landtag liegt eine Anfrage vor, in der Eugenbergs-Abgeordnete fragen, ob die Regierung dulden wolle, daß in Stendal die freie Eisenbahnergewerkschaft von ihren Mitgliedern einen Extrabeitrag zu einem antifaschistischen Abwehrfonds fordert. In Stendal handelt es sich, was den Herren offenbar unbekannt ist, nicht nur um einen Beschluß der Eisenbahner, sondern aller freien Gewerkschaften. Komische Leute, diese Nazi und ihre Freunde! Da drohen sie mit gewaltsamer Zerstörung aller „marxistischen“ Organisationen und beklagen sich, daß die Bedrohten sich zur Wehr setzen. Wir hoffen, daß das Stendaler Beispiel überall im Reich Nachahmung findet.

Besonderes Unbehagen erweckt bei den Nazis die Aufstellung besonders durchgebildeter Abwehr-Vereinigungen des Reichsbanners. Was wird von der Reichspressen über diese Organisation alles geschwafelt! Woraus sich für den Sachkundigen eine Feststellung ergibt: die Herrschaften spüren und sehen die Wirkung, sie wissen aber nichts über das Wie und Woher und behaupten frischweg drauflos, z. B., daß in Magdeburg im Rahmen der Schutzpolizei die Reichsbannerleute ausgebildet würden. Anderswo sind „enge Beziehungen zur Reichswehr“ festgestellt worden.

Einen ganz „schweren Schlag“ aber glaubt der tüchtige Herr Fried in Thüringen gegen das Reichsbanner geführt zu haben. Er ließ bei dem Gaujunker Dr. Diegel in Weimar Hausfuchungen halten und nach dem Original eines Fragebogens stöbern, den das Reichsbanner über die Zustände in der thüringischen Polizei aufgestellt und an seine Vertrauensleute verhandelt haben soll. Fried behauptet, er sei im Besitz einer Photographie eines solchen Fragebogens, der von Diegel an den Verwaltungsobersekretär Müller in Sondershausen geschickt wurde. Der Fragebogen enthalte 17 Fragen, so, ob die Polizeischüler in Sondershausen an internen nationalsozialistischen Versammlungen teilnahmen, ob ein Verkehr zwischen den Offizieren und den nationalsozialistischen Parteigenossen stattfände, ob den Nationalsozialisten in Sondershausen Einfluß auf die Polizeischule nachgewiesen werden könnte usw. usw.

Gefunden hat Fried nichts, weder bei Dr. Diegel noch bei Müller. Trotzdem ist Müller sofort seines Amtes enthoben worden. Womit Fried seine Maßnahmen begründen will, ist rätselhaft; die Nazi-propaganda unter der Polizei ist, da wir noch nicht im „Dritten Reich“ leben, kein Staatsgeheimnis. Fried und die gesamte Reichspressen jubeln, nun sei erwiesen, woher Reichsinnenminister Wirth sein Wissen über die Nazi-propaganda unter der thüringischen Polizei bezogen habe.

Herr Fried scheint schwere Besorgnisse zu haben. Wenn er keine bessere Widerlegung der von Wirth erhobenen Beschuldigungen weiß, dann ist's um seine Sache schlecht bestellt. Im übrigen werden er und alle Naziminister sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß ihnen auch vom Reichsbanner

sehr scharf auf die Finger gezeigt wird. Und wenn die Presse der Nazis und des Herrn Eugenbergs noch so sehr über eine „Reichsbanner-Verschöpfung gegen Fried“ jchreien.

Das Reichsbanner läßt grüßen

Vor der Strafkammer des Eisenacher Landgerichts fand die Beleidigungsklage des Oberbürgermeisters Dr. Janson gegen die „Eisenacher Volkszeitung“ statt. Die Zeitung hatte den Bericht einer Reichsbanner-Konferenz in Weimar wiedergegeben, nach welchem der Bundesführer des Reichsbanners, Dr. Janson, in bezug auf das Gespräch des Oberbürgermeisters Dr. Janson mit dem Polizeikommissar Machts im Hotel „Eggenstor“ in Berlin geäußert hatte: „Janson will auch einmal ein großer Mann werden, das Reichsbanner lasse Janson grüßen, er solle seinen Schnabel halten.“

Der verantwortliche Redakteur der „Eisenacher Volkszeitung“ Schroot erhielt einen Strafbefehl von 400 Mark. Das Große Schöffengericht ermäßigte die Strafe auf 100 Mark und betonte, daß die bewusste Hervorhebung der Ausföhrung Höfings in Felddruck als eine Beleidigung des Oberbürgermeisters aufzufassen sei. Staatsanwalt und Beurteiler hatten gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Die Strafkammer wies die Berufung des Staatsanwalts zurück und gab dagegen der Berufung des Angeklagten statt, erkannte auf Freisprechung unter Auflegung der Kosten des Verfahrens zu Lasten der Staatskasse.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß es sich hier um eine grundsätzliche Angelegenheit handle, nämlich inwiefern eine Verächtlichmachung über Verurteilungen Dritter strafbar sei. Zweifellos könne die wahre Verächtlichmachung über eine öffentliche Versammlung nicht bestraft werden. Auch in der Tatsache der Verbreitung der Höfingschen Äußerungen eben durch die Wiedergabe in der Zeitung könne keine Ehrenkränkung für den Oberbürgermeister gesehen werden. Aus diesen Gründen müsse das Gericht auf Freisprechung erkennen. —

„Todesopfer der Fried-Hege“

Das Erweiterte Schöffengericht in Jena verhandelte am Dienstag auf Antrag des Nazi-Ministers Fried einen Beleidigungsprozess gegen den sozialdemokratischen Redakteur Felix Rothmann in Jena, der zum Tode des sozialdemokratischen Landrats Böhme in Altenburg unter dem Titel „Todesopfer der Fried-Hege!“ geschrieben hatte, Böhme sei nicht zuletzt ein Opfer des Hasses und der Vernichtungsjucht seiner politischen Gegner geworden.

Die Beweisaufnahme im dem Prozeß ergab, daß Landrat Böhme telegraphisch nach Weimar bestellt worden ist, wunschgemäß auch um 5 Uhr nachmittags eintraf und ihm gegen Quittung von einem Beamten gegen 7 Uhr die Urkunde über seine Verurteilung in den Wartestand überreicht wurde, obwohl der Altenburger Kreisrat und der Gemeindevorstand einstimmig gegen den Abbau protestiert hatten und auch die bürgerliche Presse die vorbildliche Tätigkeit Böhmes feststellte hatte. Auf der Heimfahrt hat Böhme infolge der Aufregung, in der er sich befand, einen Schlaganfall erlitten, von dem er sich nicht erholte. Der Arzt, der Böhme behandelt hatte, unterstrich als Zeuge und Sachverständiger, daß der schnelle Tod Böhmes durchaus in ursächlichem Zusammenhang mit der vorhergehenden Aufregung stehen könne.

Die Verteidigung wies eindeutig die Ungeheuerlichkeit der Handlungsweise der Thüringer Regierung nach. Die Thüringer Regierung hatte es vorgezogen, ihre Handlungsweise nicht zu verteidigen. Darum stellte sie trotz der Aufforderung des Gerichts, dem als Zeuge in Frage kommenden Ministerialbeamten die Aussagegenehmigung nicht frei und erteilte auch ihre Zustimmung zur Verwendung amtlicher Schriftstücke in dem Verfahren nicht.

Der Staatsanwalt beantragte 200 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 50 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Haltung der Thüringer Regierung eine Prüfung, ob der Abbau des Landrats ungeheuerlich sei, dem Gericht ebensowenig ermöglich habe wie eine Unteruchung, ob man den Landrat Böhme unwürdig behandelt habe und nicht erweislich wahre Tatsachen in dem fraglichen Artikel behauptet worden seien. Dieselben Gesichtspunkte gelten für die beiden Briefe des Bezirksvorstandes und der Landtagsfraktion, doch seien die Wendungen „Rufschiff“ Fried und „Faschistenbrut“ formale Beleidigungen, wegen denen eine Verurteilung erfolgen müsse. —

Fräulein U

Eine alltägliche Geschichte von Walthor Victor.

In einer sehr angesehenen bürgerlichen Zeitung, die ihren Lesern gelegentlich in wohlabgemessenen Portionen auch für das soziale Gewissen bestimmten Stoff vorsetzt, immer ruhig und vorständig, daß aus Mitgefühl und mildgefügten Herzen keine Frage an die Unfehlbarkeit der gegebenen Ordnung erwachse, in dieser Zeitung also fand sich kürzlich die Schilderung eines Falles, der unter der Ueberschrift „Gegen die Hartherzigkeit“ abgehandelt wurde. Kann man von der genannten Zeitung keine soziale Konsequenz erwarten, so gilt sie doch für so zuverlässig in ihrer sachlichen Berichterstattung, daß der Fall ohne weiteres als Tatsache hingenommen werden muß.

Fräulein U. trat danach im Alter von zwei- und zwanzig Jahren 1879 als Arbeiterin in eine Fabrik ein und tat dort dreißig Jahre lang ihren Dienst. Dann, man schrieb 1912, wurde das Werk organisatorischen Veränderungen unterworfen, und Fräulein U. gedachte die Gelegenheit wahrzunehmen, um in einem andern Unternehmen sich zu verbessern. Die Direktion indes wollte die Dienste einer so treuen Mitarbeiterin nicht missen, sie verhandelte daher mit ihr bis zu dem Ergebnis, daß Fräulein U. unter Erhöhung ihres Lohnes und Beförderung der Firma erhalten blieb, die überdies für das Alter einer so verdienten Arbeitskraft zu sorgen versprach. Fräulein U. arbeitete noch als 18 Jahre in ihrem Betrieb. Es kam das Jahr 1930 und die Kündigung. Da dachte sie, daß es genug sei, sie sich einen ruhigen Lebensabend ja auch wohl verdient habe, und man nahm die Kündigung an. Die Direktion setzte ihr für die drei dem Termin der Kündigung folgenden Monate je 75 Mark als Beihilfe aus. Fräulein U., so berichtet das genannte Blatt, erschraf. Dann fragte sie: „Und was soll nach diesen drei Monaten aus mir werden?“ „Ja“, jagte der Direktor, und mehr sagte er nicht... Und dann ging Fräulein U., die 51 Jahre treu und brav für ihre Chefs gearbeitet hatte, gegen sie aufs Arbeitsgericht. Dort hat sie, in einem schwarzen Kleid, ein mitleidwürdiges Opfer eigener Lammsgeduld, der Bericht erstatter gesehen, und er hat seinem Blatt darüber einen Artikel geschrieben, dessen Schluß lautet: „Es könnte nun sein, daß uns freundliche Leser Geld für die Betroffenen übersenden möchten. Das ist aber nicht der Zweck dieser Zeilen. Sie richten sich nicht an das Herz unserer Leser, sondern an ein zuständiges Ministerium, und jene Männer, welche die Gesetze geben.“

Dies ist der Fall des Fräulein U. Aber ist es nicht noch mehr der Fall des so angesehenen bürgerlichen Blattes und seines Berichterstatters? Da stehen sie vor einem Scherbenhaufen, und es dauert sie, jübelle Trümmer zu sehen, wo sie den herrlichen Bau einer sittlichen Kulturwelt zu sehen vermeinten. Da fällt ihr Blick auf eine menschliche Ruine, während gemacht durch den späten Zweifel an der Gerechtigkeit des Bestehenden, und da kein verlumpter Prolet, sondern eine wohlwollend verarmte alte Dame sich ihrem Auge präsentiert, ergreift ihr Herz der Schauer vor der Hartherzigkeit der Menschen, der Menschen ihres eigenen Standes, ihrer eigenen Klasse, ihrer eigenen Bildung. Und sie sprechen es aus, um im nächsten Augenblick zu fühlen, daß ihnen die Kraft zum Protest fehlt, und was herauskommt nichts ist, als ein Ruf nach Almosen. Und sie betrauern sich schnell dagegen und werfen ihre erwartungsvollen, auswegsuchenden Blicke nach oben, wo Ministerien und Gesetze thronen. Und bekümmert sich selbst mit einem erschreckenden Fluch: „Angewandte Hartherzigkeit kann Spürerei sein.“ Aber die es hören sollen, hören es nicht, und Fräulein U. ist damit nicht geholfen. Ihr Weltbild hat einen Sprung.

Wir wollen dem sehr angesehenen Blatt eine Gegengabe widmen für die Schilderung des Falles U. Denn diese Schilderung ist wirklich ein Dokument unserer Zeit. Ein

Rebellion der Brotsfabriken

Sie wollen nur die Hälfte versprochen haben

Am Montagabend unterrichtet das Reichs Ernährungsministerium die deutsche Presse über die ersten Ergebnisse einer Preislenkungsaktion für die wichtigsten Lebensmittel. Der Reichs Ernährungsminister Schiele hielt die Angelegenheit für wichtig genug, um die Presse persönlich zu informieren. Man behauptet, daß er in diesem Augenblick zum erstenmal wirkliche und vernünftige Agrarpolitik gemacht habe. Die Ergebnisse befriedigten nicht. Immerhin wurde durch die rasche Arbeit des Reichs Ernährungsministeriums der Optimismus angeregt und man sagte sich, daß das, was für Schweinefleisch, Brot und Milch möglich wäre, auch für Futtermittel, für Kartoffeln, für die andern Fleischsorten, weiter für die Mele und andres mehr auch gehen müßte.

Einen Tag später hat diese Hoffnung schon einen argen Stoß erlitten. Brotsfabrikanten und Fleischer erklärten, daß ihre Preislenkungsansätze bei weitem nicht so weit gegangen seien, als Reichs Ernährungsminister Schiele der Presse und damit der deutschen Öffentlichkeit erklärt hat. Die Berliner Brotsfabrikanten erklärten durch ihre Organisationen amtlich, daß sie gar nicht daran dächten, den Brotpreis von 50 auf 46 Pf. zu senken. Ihre Zusage gehe lediglich dahin, den Brotpreis, immer für das 2½-Pfund-Brot, von 50 auf 48 Pfennig zu erniedrigen. Auch sei diese Zusage nur für die Dauer von zwei Monaten gegeben und nur unter der Voraussetzung, daß die vom Reichs Ernährungsministerium in Aussicht gestellten Produktionsüberbilligungen in Kraft treten.

Danach hat der Reichs Ernährungsminister am Montagabend gegenüber der gesamten deutschen Presse etwas erklärt, was nicht ist. Das Reichs Ernährungsministerium behauptet nun, daß sich die Organisationen der Brotsfabrikanten mit der Herabsetzung des Brotpreises um 4 Pf. einverstanden erklärt haben. Sinterher hätten die Brotsfabrikanten die von ihren Organisationen übernommene Verpflichtung nicht anerkannt und

andres Dokument, zehn Jahre älter als das 73jährige Fräulein U., wäre dazu besonders geeignet. Die Verfasser heißen Karl Marx und Friedrich Engels, und ihre Schrift nannte sich: „Das kommunistische Manifest“. Da steht es, nicht so ruhig und vornehm, nicht so vorständig und zurückhaltend im Stil wie die Berichte des angesehenen Blattes, gleichwohl aber wahr:

„Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabzusenken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.“

Das Weltbild der Marx und Engels ist älter als das des Fräulein U. Aber es hat noch keinen Sprung bekommen. In alten Zeiten, die mehr als 50 Jahre arbeiteten, ohne an den Kämpfen ihrer Klasse teilzunehmen, von der sie vielleicht gar nichts rechtens wußten, taucht es gespenstisch auf, es geistert durch die Spalten der bürgerlichen Presse und läßt sich weder durch Kraftworte noch durch Hilferufe beschwören. Das Fräulein U. wird hoffentlich einen ruhigen und von äußerer Not nicht berührten Lebensabend haben. Wir wünschen es ihr. Aber wir wünschen auch, sie nutze die Ruhe ihrer alten Tage, um nachzuholen, was sie über lauter Treue und Fleiß für ihre Firma veräumte: sich umzusehen in dieser herrlichsten aller Welten. Auf dem Arbeitsgericht war sie schon. Vielleicht geht sie nun auch einmal zum Arbeitsamt. Vielleicht auch einmal in eine Versammlung arbeitender Frauen. Vielleicht wird sie dann ihr arbeitsreiches Leben nach der Enttäuschung, mit der es endete, krönen durch die Erkenntnis, daß nicht Hartherzigkeit und nicht Schurkerei einzelner gegen sie stand, sondern eine Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die barbarisch ist, und die erjert werden muß durch eine andre, bessere, die jedem, der da der Gemeinschaft dienet, ein Menschenleben in Würde sichert. —

nicht funktioniert. Sie hätten die Vereinbarungen der Organisationen mit dem Reichs Ernährungsministerium einfach über den Haufen geworfen und von sich aus die zugekauften Brotpreislenkungen um 50 Prozent auf 2 Pf. reduziert.

Reichs Ernährungsminister Schiele muß sofort Klarheit schaffen, soll seine ganze Preislenkungsaktion nicht als Komödie aufgefaßt werden. Treiben die Fleischer und Bäcker ein falsches Spiel, dann muß er die Abmachungen mit gesellschaftlichem Zwange durchsetzen. Ueberhaupt muß dieses ganze Spiel die Regierung zwingen, unverzüglich und ohne jede Rücksicht den Kanball der überhöhten Lebensmittelpreise aufzurollen. Die breiten Massen, vor allem Arbeiter und Angestellte, haben ungeheure Lohnopfer gebracht. Gerade die Effektivlöhne haben sich ganz gewaltig gesenkt. Ohne den Tariflohnabbau liegen die gegenwärtigen Effektivlöhne gegenüber den Konjunkturlöhnen um 20, 30 und mehr Prozent zurück. Der Regierung muß es klar sein, daß die Massen, die diese Opfer gebracht haben, nachdrücklich daran erinnern, daß das von der Regierung gegebene Wort einer Preislenkung nicht Theater und Komödie wird. —

Preislenkungsaußschuß der Reichsregierung

Berlin, 12. November. (Signer Drahtbericht.) Das Reichskabinett hat nunmehr einen Ausschuß eingesetzt, der die Preislenkungsaktion, die bisher ein so klägliches Fiasko aufzuweisen hat, nunmehr ganz inhaltlich betreiben soll. D diesem Ausschuß gehören an der Reichskanzler, Reichsfinanzminister Dietrich, Reichsarbeitsminister Siegerwald, der stellvertretende Wirtschaftsminister Trendelenburg, Reichs Ernährungsminister Schiele und der preussische Handelsminister Schreiber. Der letzte ist in den Ausschuß berufen worden, weil er der Urheber des preussischen Projektes für Arbeitsbeschaffung ist, das auch im Reichskabinett in der gestrigen Nachtsitzung zur Erörterung gekommen ist. —

Metallarbeiter und Schiedspruch

Schiedspruch ein Verstoß gegen Treu und Glauben

Am Dienstag trat in Berlin der engere Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes — Vorstand und Bezirksleiter — zusammen, um zu dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie und seinen Auswirkungen Stellung zu nehmen. Die Beratungen dauerten bis in die späten Abendstunden. Sie wurden am Mittwoch auf der Tagung des erweiterten Beirats, dessen Mitglieder telegraphisch nach Berlin beordert wurden, fortgesetzt.

Der Verbandsvorsitzende Brandes erklärte in seinem Mitglied über den Verlauf der Bewegung, es sei die einmütige Auffassung des Vorstandes, daß man nur ein Gefühl der Empörung über den neuen Schiedspruch haben könne, da er alle Erwartungen gewaltig enttäuscht habe. Der neue Schiedspruch sei ein Verstoß gegen Treu und Glauben. Nachdem der erste Spruch des Schlichters Dr. Völkers von der Metallarbeiterchaft einmütig abgelehnt und die Ablehnung durch einen außerordentlichen Streik nachdrücklich unterstrichen worden sei, habe es als unmöglich erscheinen müssen, daß der alte Schiedspruch in der Entscheidung der neu ernannten Schlichterkammer wiederkehren werde — auch nicht in der Form einer Teilung, wie sie jetzt vorliegt. Kein Mensch in Deutschland könne diesen Schiedspruch verteidigen, weil er alles unberücksichtigt lasse, was seit der Fällung des ersten Schiedspruchs sich abgespielt habe. Auch die dem Schiedspruch beigegebene Begründung könne keineswegs befriedigen. Wenn in ihr darauf hingewiesen werde, daß der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie nicht schematisch auf andere Gebiete Deutschlands übertragen werden dürfe, so müsse demgegenüber hervorgehoben werden, daß der Verband sich in seiner Stellung gegen jeden Lohnabbau — zumal dann, wenn dieser das Realeinkommen der Arbeiter verschlechtere — nicht beirren lasse. Der Verband werde jeden nur möglichen Widerstand leisten. Daß es der Organisation mit dieser ihrer Haltung durchaus ernst sei, beweiße der inzwischen erfolgte Zustand der Metallarbeiter in Westfalen.

In der Aussprache des engeren Beirats wurde die vom Vorstand vertretene Auffassung nachdrücklich unterstrichen. Vor allem kam immer wieder die große Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß ein solcher, für vollkommen unmöglich gehaltene, Schiedspruch auch noch mit der Stimme Einzelner zustande gekommen sei, den der Metallarbeiterverband für das Schiedsgericht benannt habe. —

Drei moderne Opern

Stahlhauer Kapellhaus

Der Abend sollte einen Lueschnitt durch die europäische Kunstproduktion der Gegenwart bieten. Den Theaterbesuchern, die das nicht selber merken, wurde es noch einmal vor Eröffnung der Feiern durch den Dr. Altmann, den Dramaturgen unserer Bühnen, gesagt. Derselbe Herr vermittelte auch vor jedem der drei Stücke eine kurze Inhaltsangabe, so daß man dem Gang der Handlungen ohne die geringste Mühe folgen konnte.

Es war klar bezeichnet, daß man mit dem modernen, das heißt an menschlicher Eigenwilligkeit stärksten Werk begann. Die dreißigjährigen Leben unserer höchsten Akteure werden so von Hermann Kellers „Königliche“ über Lucius Milhards opernnahe Klänge mit hinübergeführt zu Stravinskys „Vollendung“, deren inszenatorischer Aufwand heute ja selbst in Weimar nicht mehr so erschreckend wirkt wie vor einigen Jahren, weil Walter Hasencamp aber jünger sein Publikum an die neue Technik gewöhnt hat. Es verleiht der modernen Abend ohne Zweifel und ohne jede abweichende Demonstration am Schluß.

Saul.

Das jüngste Stück — wir sagten es schon — ist Hermann Kellers „Königliche“. Als wertige Vorlage dient das Drama von A. Kerner-Golenia, in dem eine Götze aus der Bibel — Sauls Reich bei der Herrschaft von David und die Bekämpfung des Gottes Samuels — jenseits dargestellt wird. Der Dichter hat versucht, diese mythischen Vorgänge in die Sprache und Begriffswelt unserer Zeit zu übertragen. So ist die Dichtung nicht als Held, sondern als heilige Götze dargestellt. Es wird nicht das Bibeldrama, sondern eine mundartlich gefärbte Gebrauchssprache gewählt, der man jedoch eine gewisse poetische Würde und Lapidarität nicht absprechen kann. Es bleibt hier unverständlich, ob die Bekämpfung des göttlichen Reiches und des ständischen Reiches dem Thema als Dichtung besser gerät, oder nicht — eine Scheitern ist jedoch nicht zu bezweifeln. Das ist der einzige Grund, der die Dichtung als ein konsequent unverständliches Werk anzuweisen vermag.

Eine ganz neue Form der mythischen Bühnenwerke schafft uns Hermann Keller, indem er die einzelnen Partien nicht aneinander, aber im Sinne des Dramatischen organisch

durcheinander, sondern sie mit gehobener Stimme sprechen und nur dann in Gesang übergehen läßt, wenn heftige Spornungen und Affekte ein besonders reiches rechtserfülltes. Diese ökonomische Verwendung der Exaltation bringt starke Akzente in den Ablauf der Geschehnisse, ohne daß man Stimmungsübergänge und Logik des Ausdrucks vernachlässigen mußte.

Die unheimlichste, vollkommene Partitur beginnt mit einem Fortissimo. Klar, ohne, dann Horn, später Klavier und Streicher (wenn wir uns recht erinnern). Die Fernheit des Feldes (Saul) wird durch diese differenzierende Bestimmtheit, durch diese Paradoxie der Klangfarbe, treffend charakterisiert. Später glättet sich das Unheimliche ein wenig, wenn auch dem Komponisten Reutter — ähnlich wie Hindemith — die kontrapunktliche Konsequenz wichtiger ist als der Wohlklang. Nicht an dieser Stelle ist „gefällig“ oder „leicht“ eingängig, wie es der Kunststiller von der Oper so unumwunden verlangt, diese Klänge fordern ein anderes, ein neues Hören, wie die Zeit andert, neue Menschen fordert. Die menschlichen Ereignisse veranschaulicht übrigens mit der Kunst derart, daß auch kontrapunktliche Hörer ihre anfängliche Befremdung bei der Premiere vergaßen und bis zum Schluß gefesselt blieben.

Man kennt Walter Hasencamp als Reizmittel der modernen Kunst. Unter seiner Einwirkung wurde jede Linie, jede Stimme klar und deutlich. Die eindringliche, dynamische Differenzierung der Partitur, besonders die großen Zergliederungen der Affektstadien, besitzen reiches Versehen dieses neuen Stils. Die im Bühnenstil (Hugo Schmitt) einfache aber eindringliche Anzeigerung der d'Haussville'schen mit dem mythischen Pathos der Begegnung und zeigte lange Strömungen. In der Rolle des Saul sprach Hans Thomae sehr eindringlich und mit innerer Bewegung, auch gefänglich wurde die große Unruhe des neu jenseitigen Gottes verlassen Könige deutlich. Lily Richter gab der Herr von Eder die heiligen Gebärden der Begegnung. Stimmlich war sie durchaus zureichend, um so mehr, als es bei dieser Kunst ja gar nicht auf jenseitige Sagen, sondern nur auf Anschauung ankommt. Einzig Wilhelm Bille, der dem Geist des Samuels seine Stimme lieh, konnte als Verkörperer gefänglich die Schärfe einwirken. Kurt Haehner und Kurt Thomae machten die ergreifenden Charaktere Sauls, Clemens Adam den verängstigten David, Hermann die jenseitigen Wälders. Nächst dem durch den Komponisten. Die Konzeption beim Bauern zeigte sich bewegungslos, gut geformt.

Es gab starken Beifall, für den sich der anwesende Komponist persönlich im Kreise seiner Helfer bedanken konnte.

Der arme Matrose.

In auffälligem, aber reizvollem Gegensatz zu dem grüblerischen, nach neuen Formen suchenden deutschen Werk, steht die französische Komposition des jungen Frankreich, hat die Partitur geschrieben, Jean Cocteau, der unermüdbare Pionier moderner Musik, das Textbuch. Diesem Werk fehlen alle mythischen und klassisch lapidaren Züge, man könnte es fast verächtlich nennen. Denn die etwas brutale Tragik der Handlung — eine Frau, die fünfzehn Jahre auf ihren zur See gegangenen Mann sehr tüchtig gewartet hat, erkennt den endlich Zurückgekehrten nicht und läßt sich in ihrer Liebe für den vermeintlichen Gatten, dem sie ein jorgenlozes Leben schafften will, hinreißen, den mit Schänen reich beladenen „Fremden“, also ihren eigenen Mann, zu erschlagen — diese recht trage Dramatik erinnert doch stark an den italienischen Verismus.

Milhaud und Cocteau sind Romanen, die ja vielmehr Formtradition haben als die Deutschen. Deshalb wird das Terrain der Oper nicht eigentlich verlassen, die Handlung ist nur balladenhaft gefasst, die Gesangsstimmen sind in einem gehobenen ariosen Parlando durchgeführt, und die Partitur deutet unaufdringlich und ohne leitmotivische und thematische Weichheitige Stimmung und Atmosphäre der Geschehnisse. Milhaud vermeidet alle Hektik, wenn er auch nicht ins italienische Schwelgen gerät. Jedemfalls paßt seine Musik im Verein mit der Handlung, wie man aus der starken Anteilnahme des Publikums schließen konnte.

Auch für dieses Stück hat Hugo Schmitt einfache aber eindringliche Bühnenbilder geschaffen, die die düstere Atmosphäre der Geschehnisse verdeutlichen. Ged d'Haussville hat die Darsteller auf einen überzeugenden naturalistischen Stil geschult, den nur Margarete Jensen als die Frau nicht so recht traf. Es ist ja wohl auch schwer, nach so und jenseitig Elisabeths, Elias und andern königlichen Gestalten eine einfache Frau aus dem Volke zu spielen. Gelegentlich hätten wir uns die Partie etwas dunkler und weicher gewünscht. Frijich und einfach im Spiel, himmelhoch hervorstechend Kurt Roded als armer Matrose. Das wunderwelle Material dieses Sängers macht jeden Ton seiner Partie zu einem freudigen Erlebnis. Toni Weiler spielte den Freund überaus einfach und deshalb gut, Gesanglich war auch er

Copyright by I. H. W. Dietz-Verlag, Berlin.

Pietro Nenni: Todeskampf der Freiheit

Nachdruck verboten. 26. Fortsetzung

DER WEG ZUM DRITTEN REICH

Erinnerungen und Erfahrungen eines italienischen Sozialisten

22. Matteottis „Faccuse“.


Es war am 30. Mai 1924. Die neue Kammer tagte seit dem 24. Mai. Man hatte soeben bei der Präsidentschaft einen Antrag eingebracht, die Mehrheitsliste im Bloke zu konvalidieren. Aus den dreißig Faschisten der vorigen Legislaturperiode waren diesmal dreihundertfünfzig geworden. Montecitorio ähnelte mehr einem Wirt als einer geschäftlichen Versammlung. Durch Gewalt und Betrug zum Mandat gelangt, kümmerten sich die Faschisten nicht im mindesten um die parlamentarischen Formen. Sie erschienen in der Kammer in schwarzem Hemd und die Brust mit Orden beladen. Ihre Aufgabe bestand darin, dem „Duce“ zuzujubeln und Lärm zu machen, sobald ein Mitglied der Opposition das Wort nahm. Sie hatten zwar kein Vertrauen zu Gründen und zur Vernunft, aber desto mehr zu ihren Fäusten. Die bloße Nachricht, daß die Opposition diese Konvalidierung en bloc nicht ohne Einpruch dulden würde, weil sie inhaltlich ein Skandal, der Form nach eine Verletzung der Verfassung war, hatte die Faschisten in Wut versetzt. Als der Präsident Matteotti das Wort erteilte, wurden von den Bänken der Rechten die ersten Äußerungen des Hasses laut, ehe der sozialistische Abgeordnete auch nur ein Wort ausgesprochen hatte. Auf seinem Platze stehend, ein paar Blätter mit Notizen in der Hand, ließ Matteotti, in völliger Ruhe und Selbstsicherheit, die erste Schimpfwelle vorübergehen. Er hatte in vier Jahren parlamentarischen Kampfes, in denen ihm immer mehr die Führerrolle zugefallen war, schon ganz andres erlebt. Er gehörte zu jenen Willensmenschen, die bei aller Achtung der Doktrin sich doch nie dazu entschließen, den Geist dem Buchstaben zu opfern oder die Tat der Lehre. Er verstand es, sich selbst und andre zu beherrschen. Er hatte der Regierung und der Kammermehrheit harte Wahrheiten zu sagen und war fest entschlossen, sich bis zu Ende Gehör zu verschaffen. Ohne irgendeine Einleitung ging er sofort auf den Kern der Sache. Matteotti: „Es ist der Vorschlag gemacht worden, die Wahlen der Mehrheit im Bloke für gültig zu erklären. Wir treten diesem Vorschlag entgegen...“

Eine Stimme: „Das ist eine Probotation!“ Matteotti: „... denn wenn die Regierungsmajorität auch nominell vier Millionen Stimmen erhalten hat, so wissen wir, daß dieses Resultat durch ungeheuerliche Gewalt erzielt wurde...“ Mehr bedurfte es nicht, um die Rechte völlig außer sich zu bringen. Die Faschisten streckten dem Redner ihre Fäuste entgegen. Aus dem Halbkreis zwischen den Bänken versuchte man sich auf den Vorkämpfer der Sozialisten zu stürzen. Mussolini sah am Ministerisch mit düsterer Miene, ohne eine Geste, ohne ein Wort der wüsten Szene zuzuschauen. Matteotti: „Nach einer ausdrücklichen Erklärung des Führers des Faschismus hat die Regierung das Ergebnis der Wahlen von vornherein nicht als für ihr Schicksal entscheidend angesehen. Sie wäre geblieben, auch wenn sie als Minderheit aus den Urnen hervorgegangen wäre...“ Marinacci: „Ihr konntet ja die Revolution machen!“ Starace: „Zawohl, wir haben die Regierung, und wir behalten sie!“ Jetzt brüllte die ganze Rechte gleichzeitig. Eine Stimme kläfft: „Wir werden euch durch Schüsse in den Rücken lehren, uns Respekt zu zeigen.“ „Feige Bande“, murmelt einer... Völlig Herr seiner selbst, läßt Matteotti die Leute sich ausleben, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, den Zwischenrufern zu antworten. Matteotti: „Um diese Absicht der Regierung zu stützen, gibt es eine bewaffnete Miliz...“ Stimmen von rechts: „Hoch die Miliz!“ Matteotti: „... die weder im Dienste des Staates steht noch in dem des Landes, sondern im Dienste einer Partei...“ Terruzzi: „Genug, genug!“ Die Rechte klappert mit den Deckeln ihrer Schließfächer. Während mehrerer Minuten gelingt es dem Redner nicht, sich Gehör zu verschaffen. Matteotti: „Ich werde die Tribüne nicht verlassen, ehe ich nicht alles gesagt habe, was ich sagen will.“ Stimmen von rechts: „Nein, nein, es ist genug!“ Guardo: „Wir gehen weg. Wir lassen uns nicht beleidigen!“

Der Tumult hat seinen Höhepunkt erreicht. Mit gekreuzten Armen wartet Matteotti ruhig und entschlossen, bis er weiter-sprechen kann. Matteotti: „In Mexiko vielleicht, wo man die Wahlen mit Bomben macht...“ Der Spektakel fängt von vorn an. Matteotti: „Ich bitte Mexiko um Entschuldigung wegen des beschimpfenden Vergleichs.“ „Genug, genug!“ wird von der Rechten gebrüllt. „Werft ihn von der Tribüne!“ Jetzt zählt der Redner die Verbrechen auf: die Unmöglichkeit der Wähler der Opposition, die Unterschriften für die Proklamierung der Kandidaturen zu sammeln; die Unmöglichkeit der Kandidaten, zur Wählerschaft Führung zu nehmen; Gewalttaten gegen die Presse. Zwischenruf: „Angst haben Sie!“ Anderer Zwischenruf: „Fragen Sie Turati, ob er nicht hat reden können.“ Turati: „Ja, zu meiner großen Schande habe ich Ihren Schutz ertragen müssen, um sprechen zu können.“ Von der Linken wird applaudiert; auf der Rechten wird der Spektakel höllisch. Der Präsident benutzt die Gelegenheit, um einem andern Redner das Wort zu erteilen. Matteotti: „Das ist ein Skandal. Ich verlange, daß man mein Recht, zu sprechen, schützt.“ Stimme von rechts: „Schweigen Sie! Wir werden Ihnen die Tugend des Schweigens beibringen.“ Matteotti: „Einer der Kandidaten, Piccinini, hat es erfahren, was es in diesem Wahlkampf bedeutet, seiner Partei zu gehorchen. Man hat ihn ermordet, weil er die Kandidatur angenommen hatte. Ich entbiete seinem Andenken den Gruß...“ Eine Stimme: „Sie hätten dieselbe Strafe verdient!“ Eine andre Stimme: „Sie gehören ins Zwangsdomizil, nicht ins Parlament!“ Vom Regierungstisch jagt Mussolini nicht das leiseste Wort, um dem Rechte des Redners Achtung zu verschaffen. Er legt seinen Kopf auf die auf dem Tische gekreuzten Arme und bleibt unbeweglich, undurchdringlich. (Fortsetzung folgt.)

Dieses Buch erhalten Sie für 2.75 Mark in der Buchhandlung Volksstimme

Kleine Chronik
Weiser-Fähre gesunken
An der gleichen Stelle, an der im Jahre 1925 bei einem Fährunglück der Reichsmehr 81 Soldaten ertranken, sank während der Heberfahrt über die Weiser kurz vor Landung an der lippischen Seite das Weltheimer Fähreschiff. Es war mit Kindern besetzt, die nach vorn drängten und von den vier Treibern nicht mehr zurückgehalten werden konnten. Durch die Hilfe des Fährmanns Guck, der seinerzeit bei dem Reichswehrunglück zahlreichen Soldaten das Leben gerettet hatte, konnten alle vier Treiber gerettet werden. Die Kinder trieben ab, gelangten aber gleichfalls an Land. —
Kauft England einen „Do X“?
In London, 12. November. Das englische Luftministerium erwägt, wie der „Daily Herald“ berichtet, den Kauf eines Do X. Das Flugschiff soll mit 12-Rolls-Rohce-Maschinen ausgerüstet werden, falls der Auftrag zustande komme. Auch ein amerikanischer Auftrag sei möglich.
Kapitän Christensen, der seit 8 Tagen nicht mehr von Bord gegangen ist, erklärte, daß das Großluftschiff und das Großflugschiff Seite an Seite eine bedeutungsvolle Zukunft hätten, und zwar jedes in seiner Art. —
Revision im Giftmordprozeß
Der Verteidiger im Giftmordprozeß Lußenberger, Rechtsanwalt Dr. Frey (Augsburg), hat am 11. November gegen das Urteil des Augsburger Schwurgerichts, in dem gegen die Frau Lußenberger die Todesstrafe ausgesprochen wurde, Revision beim Reichsgericht eingelegt. Die Revision stützt sich in der Hauptsache darauf, daß die beiden Hauptbelastungszeugen wegen des Verdachts der Begünstigung unvereidigt vernommen worden waren. Bis zur Entscheidung des Reichsgerichts bleibt Frau Lußenberger, die nach wie vor ihre Unschuld bezeugt, im Augsburger Untersuchungsgefängnis in Haft. —

Der Träger des Medizinischen Nobelpreises

Professor Karl Landsteiner, der bekannte Pathologe des Neuhofers Hofeseller-Spital, ein gebürtiger Wiener, wurde für seine Entdeckung der Blutzellen der Blutgruppen von der medizinischen Fakultät der Stockholmer Universität mit dem diesjährigen Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet.
Die größte Brücke der Welt
Die Engineering Company in London hat von der englischen Regierung den Auftrag erhalten, eine Brücke über den Zambezi-Fluß in Südoft-Afrika, zu bauen. Die Brücke, die vollständig aus Stahl hergestellt werden soll, wird mit 11 650 Fuß Länge die größte Brücke der Welt sein. Die Baukosten sollen sich auf etwa 30 Millionen Mark belaufen. —
Beit in China
In der chinesischen Hungersnot, die in den letzten 12 Monaten nach zuverlässigen Schätzungen in der Provinz Szechuan wenigstens eine halbe Million Menschen hinweggerafft hat, beginnt sich eine furchtbare Pestepidemie zu gestalten.

Eine Epidemie von Lungen- und Bubonepest, die vor 2 Monaten in Nord-Szechuan ausgebrochen ist, bereitet sich mit rasender Geschwindigkeit und hat bereits ganze Dörfer ausgerottet. Es besteht die Gefahr, daß ganz Nord-China infiziert werden wird, falls die Behörden nicht energische Präventionsmaßnahmen ergreifen.
Der Bevölkerung hat sich eine Panik bemächtigt. Sie flieht in Massen aus den von der Seuche ergriffenen Bezirken und läßt die Körper der Gestorbenen unberührt zurück. In den Dörfern wird versucht, die Götter durch abergläubische Zeremonien wie durch Opfer zu versöhnen und die Geister der Verstorbenen zur Fürbitte für die Beilegung der Pestnot zu veranlassen. —
Frenzel-Prozeß
In der Dienstag-Verhandlung des Frenzel-Prozeß erfolgte die Gegenüberstellung von Frau Frenzel und Gertrud Frenzel, die in Abwesenheit des Angeklagten stattfand. Die Aussprache zwischen Mutter und Tochter ergab im Grunde keine neuen Gesichtspunkte: Gertrud Frenzel blieb bei ihren schwerwiegenden Beschuldigungen, und kein Vorhalt ihrer Mutter vermochte sie von ihnen abzubringen. —
Furchtbare Negerverfolgungen
In der amerikanischen Stadt Genevieve (Missouri) verhaftete die Polizei drei Neger, die einen Raubmordversuch an einem Geschäftsmann des Ortes unternommen hatten. Die amerikanische Bevölkerung geriet darauf in eine verachtliche Wut gegen die in der Stadt wohnenden Schwarzen, daß diese ihre Wohnungen verlassen und in die Wälder der Umgebung flüchten mußten. Ein Neger, der im Frankenhau lag, wurde von den weißen Patienten aus dem Gebäude gejagt und auf der Straße von der empörten Menschenmenge gehetzt. Die Polizei steht der Bewegung völlig machtlos gegenüber. —
Kraftwagen vom Zuge erfasst
Paris, 12. November. In Fontainebleau ereignete sich am Dienstag ein schweres Kraftwagenunglück, wobei zwei Personen den Tod fanden. Ein Kraftwagen, in dem der Besitzer und ein Freund Platz genommen hatten, konnte vor einem Bahnübergang nicht mehr rechtzeitig zum Stehen gebracht werden, durchbrach die Schranke und blieb mitten auf den Schienen stehen. Noch ehe die Insassen die Möglichkeit hatten, sich in Sicherheit zu bringen, raste ein Zug vorbei und ließ nur noch einen mühen Trümmerhaufen zurück, aus dem man die Leichen der beiden Insassen barg. —

Gutes Licht ist der beste Arbeitshelfer.



Kleine Buchstaben können Sie nur bei gutem und reichlichem Licht lesen. Darum sollte an jedem Arbeitsplatz gutes und reichliches Licht vorhanden sein. Sorgen Sie dafür, daß auch Ihr Schreibtisch richtig beleuchtet ist.

Jede Osram-Verkaufsstelle, das Elektrizitätswerk und sonstige Elektro-Fachgeschäfte beraten die Lichtverbraucher gern kostenlos in allen Beleuchtungsfragen.

Finenmattierte OSRAM-LAMPEN
geben besseres Licht

Der Fund

Von einer Magdeburgerin wird uns folgendes Erlebnis mitgeteilt:

Eine Deutsche, die sich vorübergehend in Rütlich aufhält, verlor bei einer Autofahrt einen kleinen Koffer mit Toiletteutensilien; unter diesen Sachen befand sich auch ein kleines Lederetui mit Schmuckstücken von recht hohem Wert. Sofort wurde die Polizei unterrichtet und durch diese wiederum alle Grenzstationen und Zuckereien. Man suchte mehrere Male die Strecke ab, auf welcher der Koffer verloren wurde, aber vergeblich.

Es war also schon anzunehmen, daß man warten mußte, bis Polizei und Detektive den Schmutz ausfindig machen konnten; jedoch ein Wäckergehilfe hatte den Koffer gefunden, und schon am Morgen fand die Polizei unter der Annonce, die den Verlust angab, eine kleine Spalte, daß ein kleiner Koffer unter . . . abgeholt wäre. Natürlich hatte der Mann gar keine Ahnung, was der Koffer enthielt, um so mehr war er erstaunt, einen Scheck mit einer kleinen netten Summe zu erhalten.

Damit ist aber die Sache noch nicht erledigt, sondern der Arbeitgeber des Wäckergehilfen kommt jetzt mit der Behauptung, seine Frau hätte den Koffer zuerst gesehen, sie wollen nun versuchen, das Geld von dem Gefundenen zu bekommen, was ihnen natürlich nicht gelingen wird, da die Frau selbst erst zu der Verliererin geäußert hat, daß der Gefundene den Koffer gefunden hätte.

Ohne diesen Umstand wäre der ehrliche Finder wahrscheinlich um seinen wohlverdienten Lohn gekommen. —

Durchlöcherter Nebel

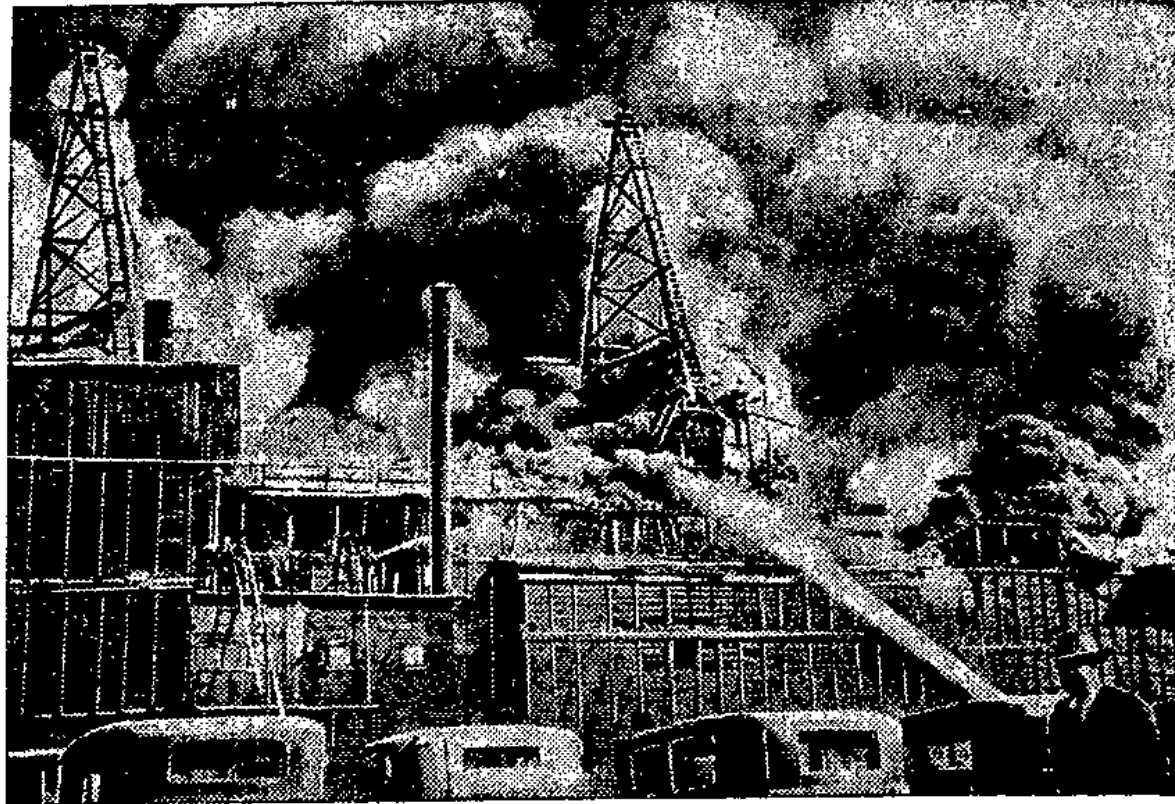
Wie eine Nebelwand durch Feuer zerteilt wurde, um einem Flieger die Landung zu ermöglichen, wird in einem Bericht der Amerikanischen meteorologischen Gesellschaft beschrieben.

Ein Flieger, der von Cleveland nach New York unterwegs war, erhielt vom Wetterdienst ungünstige Meldungen über die Sicht über Bellefonte in Pennsylvania und Sadley Field bei New York. Der Pilot hoffte jedoch, schlimmstenfalls, wenn es in Sadley Field zu neblig wäre, in Bellefonte landen zu können. Dort angekommen, fand er jedoch infolge dichten Nebels den Platz nicht. So flog er denn in Richtung auf Sadley Field weiter. Auf halbem Wege aber erhielt er die Meldung, daß auch Sadley Field von dichtem Nebel eingehüllt sei, eine Nachricht, die dem Flieger schlimme Ausichten eröffnete, denn sein Brennstoffvorrat reichte nicht aus, um nach Cleveland zurückzufliegen. So blieb nichts übrig, als den Flug einseitig fortzusetzen. Die auf dem Flugplatz Sadley postierte Mannschafft hörte über sich das Surren der Propeller, aber das Flugzeug, das hier und dort niederzugesen versuchte, wurde immer wieder zum Wiederaufstieg genötigt, bevor es den Boden erreicht hatte. In der Annahme, daß der Pilot infolge Erschöpfung seines Brennstoffvorrats zu einer verzweifelten Notlandung gezwungen werden könne, entschloß man sich, durch Entzündung eines Feuers ein Loch in den Nebel zu brennen. Zu diesem Zwecke wurden große Mengen Gajolin in der Mitte des Feldes entzündet.

Der Pilot, der durch Radiomeldungen von dem Experimenten verständigt worden war, kreiste rund um das Feuer, gespannt den Erfolg des Versuchs abwartend. Nachdem das Feuer niedergebrennt war, zeigte sich auch tatsächlich, durch den heißen, aufsteigenden Luftstrom verursacht, ein großes Loch in der Nebelwand, durch das der Pilot im Gleitflug sicher den Boden erreichte.

Wieder ein Riesenfeuer in Amerika

Der Kohlenwerft-Brand im Hafen der Stadt Providence in dem nordamerikanischen Staate Rhode-Island richtete unermeßlichen Sachschaden an. 24 Schwerverletzte wurden bei der Katastrophe gezählt. —



8000 Ärzte in der Türkei

Die oppositionelle türkische Zeitung „Son Posta“ teilt einige für die Zustände in der Türkei bezeichnende Zahlen mit. Danach gibt es in der ganzen Türkei nur 8000 Ärzte, so daß auf 1750 Personen ein Arzt kommt. Die Mehrzahl dieser Ärzte sei dabei nicht so ausgebildet, wie man es in den europäischen Ländern als selbstverständlich von einem Arzt erwartet. Im ganzen Lande gäbe es nicht mehr als 100 Krankenhäuser und auch nicht mehr als 1000 Hebammen, von denen die meisten völlig unwissend seien und von ihrem Gewerbe keine Ahnung hätten. Dagegen gäbe es mindestens 30 000 Prostituierte.

Von den schulpflichtigen Kindern zwischen 6 und 12 Jahren geht noch nicht die Hälfte zur Schule, meistens aus Mangel an Schulen und Lehrpersonal. Unter den mohammedanischen Türken sind von 10 Männern 7 Analphabeten und von 10 Frauen 9 Analphabetinnen. Unter den Armeniern dagegen können von 10 Männern 8 und von 10 Frauen 6 lesen und schreiben, unter den Griechen von 10 Männern 8 und von 10 Frauen 5. Von den nichtmohammedanischen Minderheiten gehen 90 Prozent der Kinder regelmäßig zur Schule. Das Blatt fordert die Regierung auf, weniger Geld für Kriegsausrüstungen und mehr für Unterrichts- und andere Kulturzwecke zu verwenden. —

Schwaffer in Hamburg. Der starke Nordweststurm, der auf der Nordsee wütete, hat so viel Nordseewasser in die Elbe gedrückt, daß die Flut im Hamburger Hafen derart anstieg, daß eine ganze Reihe von Schiffen und tiefer gelegenen Wohnungen überschwemmt wurden. —

Bauglück in Frankreich. In Romfaucon (Ardennen) stürzten drei Arbeiter, die mit der Ausbesserung des Kirchdachs beschäftigt waren, mit einem Teil des Bangerüsts in die Tiefe. Zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, der dritte wurde lebensgefährlich verletzt in das Hospital von Verdun eingeliefert.

Schneestürme in Nordwestamerika. In dem nordwestlichen Teil der Vereinigten Staaten wüteten Schneestürme, denen mehrere Personen zum Opfer fielen. In Regina fand ein Farmer in der Nähe seines Hauses sechs Automobilisten, die im Schnee stecken geblieben und erfroren waren. Bei Cairgry fand ein Automobilist in einer Schneelawine den Tod. —

Die Reise des Granatenschiffes. Der holländische Seeschlepper De Abelaar verließ am 7. November mit unbekannter Bestimmung die am Amsterdamer Nordseekanal gelegenen Artilleriewerftstätten Hembrug. Der Schlepper ist mit unbrauchbaren Granaten beladen, die unter Aufsicht eines sachverständigen Ingenieurs ins Meer geworfen werden sollen. Es handelt sich hier um Explosionsmaterial, in dessen Zusammenhang kein Vertrauen gesetzt wird. Den Besatzten der Werftstätten wurde Schweigepflicht auferlegt. —

Ein Leonardo da Vinci aus Briefmarken. Ein Briefmarkensammler in dem Wiener Vorort Speyer besitzt eine Kopie des berühmten Abendmahlsbildes Leonardo da Vincis, die nur aus Briefmarken hergestellt ist. Das seltsame Gemälde ist das Werk eines Mönches namens Karolus Stof, der 12 000 Briefmarken aller Farben und aller Länder dazu verwandte und 5 Jahre an dem Bild arbeitete. Das Kunstwerk ist unerkäuflich, obwohl ein Amerikaner bereits mehrere Millionen Dollar dafür geboten haben soll. —

Vom Elefanten zerdrückt. In Madras (England) verlor durch das Nachgeben einer Umzäunung der Elefant eines dort gastierenden Zirkus das Gleichgewicht, fiel auf einen 11jährigen Knaben und zerdrückte ihn völlig. —

Wird Diamond sterben? Nach New Yorker Meldungen trat in dem Befinden Jads Diamonds, auf den ein Attentat verübt worden war, eine wesentliche Verschlechterung ein, die sein baldiges Ableben wahrscheinlich macht. —

Für die Opfer der Sturmkatastrophe in der Bretagne hat die französische Regierung am Montag abermals einen Kottredit von 8 Millionen Franc bewilligt. Am Sonntag, dem 30. November, soll ein nationaler Trauertag in ganz Frankreich abgehalten werden. —

DER BAUMARKT IN MAGDEBURG U. UMG.

Julius Schmidt
Steinsetzmeister
Straßen-, Tief- u. Eisenbahnbaugeschäft
Kaiser-Otto-Ring 20 Magdeburg Tel. 22425 u. 24227
Ausführung aller Erd- und Pflasterarbeiten
Kanalisation sowie Projektierung und Ausführung von Anschlußgleisen
Abbruch- und Erdarbeiten mittels Preßluft

Fleischhauer & Co.
Ingenieurbüro
Magdeburg
Elektrische Installationen jeder Art und Größe
Elektroreparaturwerk
Schalttafelbau.

Alle Arten Nutzhölzer und Sperrplatten
prima Eschen- und Pappel-Dicken
liefert preisgünstig
Carl Otto Pasemann
Holzhandlung
Magdeburg-N., Rogätzer Straße 87/90.

Erich Goecke
Gr.-Ottersleben
Fernruf: Stephan Nr. 40718
Baugeschäft
Baustoffhandlung
Kohlenhandlung

Friedrich Sturm
Glasermeister / Magdeburg-N.,
Verglasung von Neubauten
Schaufensterscheiben
Fernruf: 24685 / gegründet 1876

R. G. STELLEFELD
INSTALLATIONS-GESCHÄFT
Be- und Entwässerungen
Elektrische Anlagen und Klempner-Arbeiten
Rundfunk-Anlagen
MAGDEBURG
Jakobstraße 4 / Fernruf Nr. 21375
Gegründet im Jahre 1858

Gottl. Müller
M.-Wst., Gr. Diesdorfer Str. 166
Am Westfriedhof Fernruf 34751
Grabdenkmäler
Einfassungen, Urnen in Granit, Marmor, Naturkalkstein, Sandstein und div. Kunststeinarten.
Gröttensteine, Silberkies
Steinmetz - Bauarbeiten
Maschinelle Schleiferei für alle Gesteine

Albrecht Richard
MALERMEISTER
MAGDEBURG
THIEMSTRASSE 14
- FERNRUF 427 37 -
GE-SCHAFTSRAU ME
SCHÖNEBECK-STR. 33
2. HOF LINKS
DEKORATIONS-MALEREI
SCHILDER-MALEREI
AUSSEN-ANSTRICH
LACKIERUNG
JEDER ART

CLEMENS SCHWAN
MAGDEBURG-B., Thiemstr. 7
Gegründet 1873 Fernruf Nr. 41733
GLAS-KUNST
Bau-Glaserei | Kunsthandlung
Reparatur- | Bilder-
Werkstätten | Einrahmung
Auto-Verglasungen

Telephon- und Schwachstromanlagen
jeder Art, in Kauf und Miete
H. FULD & CO.
Techn. Büro Magdeburg, Tel.: Steph. 42045/47
Telephon- und Telegraphenwerke, Aktien-Gesellschaft
Verwaltungsbezirk Mitteldeutschland

Waldmann & Leymann
Kiesbaggerei • Magdeburg-Buckau
Magistratsstrecke / Fernsprecher 40729
Kies, Sand, gesiebte Kiese
Filter- und Gebläse-Kiese
Trockensand

Herbert Grabowski
Ziegelei
Magdeburg-Olvenstedt
Nordstraße 5 — Telephon 34691

WILHELM DITTMAR
MAGDEBURG-N.
Holzbearbeitungs-Fabrik
Ausführung von Tischlerarbeiten
TELEPHON: NORDEN 20629 GEGRÜNDET 1848

Wilhelm Riemann
Magdeburg
Fernsprecher Nr. 22028
Eisenkonstruktionswerk
Bauschlosserei
Sonderheit:
Feuerbeständige Türen und Stahlstore

H. Schmiedecke
Magdeburg-Alte Neustadt
Spezial- u. Fahrgeschäft
Fahren aller Art
Industrie, Handel u. Baugewerbe
Telephon 25011

In Neubauten
Einsetz- u. Anschläger-Arbeiten
übernimmt als Spezialist zur prompten u. gewissenhaften Ausführung
Albert Schmidt
Olvenstedt, Magdeburger Chaussee
Fernruf Stephan 342640 — Kostenanschläge unverbindlich

Der Ueberfall auf Börgiebel

Fünf Monate Gefängnis

Vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Mitte wurde am Dienstag der 21jährige arbeitslose Schneider E. B. abgeurteilt, der den früheren Berliner Polizeipräsidenten Börgiebel in einer Gerichtsverhandlung tätlich angegriffen hatte.

Der Angeklagte gab zu, den Polizeipräsidenten als Arbeitermörder beschimpft zu haben, er hielt diesen Ausdruck auch vor Gericht noch aufrecht. Auch die Körperverletzung gab er zu. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung und Körperverletzung zu fünf Monaten Gefängnis. Dem früheren Polizeipräsidenten wurde die Berechtigung zugesprochen, das Urteil in der „Morgen Post“ und dem „Vorwärts“ zu veröffentlichen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß durch die Höhe der Strafe zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß die Sicherheit im Gerichtssaal unbedingt aufrechtzuerhalten werden müsse.

Vergleichsverhandlungen mit Jorns

Im Jorns-Prozess ist eine unerwartete Wendung eingetreten. Auf Antrag des Vertreters des Nebenklägers Jorns, des Justizrats Dr. Löwenthal, wurde der im Gerichtssaal anwesende Journalist Bertold Salomon als Zeuge über die Verfälschung des intrinierten Artikels vernommen.

Salomon gab zu, daß er der Verfasser des im „Lagebuch“ erschienenen Artikels „Kollage Jorns“ sei, der den Gegenstand des Prozesses gebildet hat. Er habe diesen Artikel geschrieben, nachdem er im März 1928 vor dem Reichsgericht unter der Anklage des Landeskriegsverrats gestanden habe und dabei die Tätigkeit des Anklagevertreters Reichsanwalts Jorns beobachtet konnte. Zu dem Artikel sei er nicht durch persönliches Nachgefühlt veranlaßt worden, sondern durch die Erkenntnis, daß Jorns nach seinem ganzen Auftreten und nach der von ihm angewandten Terminologie im politischen Lager der Wälfischen oder Deutschnationalen sehr und aus dieser Gewinnung heraus auch beim Verfahren Liebknecht-Luxemburg beschuldigt gewesen sei, den ihm gestimmungsverwandten Mördern zu helfen. Der Artikel habe allerdings den Zweck verfolgt, Jorns aus seiner Stellung beim Reichsgericht zu beseitigen, da er für diese Stellung in keiner Weise qualifiziert sei.

Der Angeklagte, Rsdaktur Wornstein, der dann vernommen wurde, erklärte, er könne sich der Erklärung des Autors Salomon über die Tendenz des Artikels nicht in allen Punkten anschließen. Er habe bei der Aufnahme des Artikels nicht so weit gehen wollen, Jorns vorzuwerfen, daß er beim Ust die Liebknecht-Mörder begünstigen, also ein mit schwerer Strafe bedrohtes Amtsverbrechen begehen wollte, er habe lediglich sagen wollen, daß die ungenügenden juristischen Qualitäten von Jorns ihn ungeeignet zum Reichsanwalt machten und daß dieser Mangel an juristischen Qualitäten sich deutlich gezeigt habe bei der Voruntersuchung im Falle Liebknecht-Luxemburg.

Oberstaatsanwalt Köhler regte an, bei dieser Sachlage die Erledigung des Verfahrens durch einen Vergleich zu versuchen. Der Angeklagte Wornstein und Justizrat Löwenthal als Vertreter von Jorns erklärten ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zu Vergleichsverhandlungen.

Das Gehaltskürzungsgezet

Im Rahmen des Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung spielt die Kürzung der Beamtengehälter eine wichtige Rolle. Ursprünglich hatte die Regierung geplant, die jetzige Reichshilfe der Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften nur bis zum 31. März 1931 zu erheben und von da an wieder die Gehälter ungeschmälert auszuzahlen. Im Hinblick auf die drohende Entwicklung der Finanzlage glaubt aber die Regierung, diesen Plan fallen lassen zu müssen, und schlägt vor, vom 1. April 1931 an die

2 Prozentige Reichshilfe in eine 6 Prozentige Gehaltskürzung umzuwandeln.

Der Entwurf eines Gehaltskürzungsgesetzes liegt zurzeit dem Reichsrat vor. Er umfaßt nur die Reichsbeamten einschließlich der Soldaten. Neben den Gehältern werden von der Kürzung auch die Wartegelder und Pensionen, die Hinterbliebenenbezüge und die Abfindungen der Soldaten erfaßt. Geführt werden neben den Grundgehältern auch die Wohnungsgeldzuschüsse und die örtlichen Sonderzuschläge. Ausgenommen von der Kürzung sind nur die Dienstaufwandsentschädigungen und die Kinderzuschläge. Die Kürzung von 6 Prozent tritt bei allen Beamten ein, die mehr als 1500 Mark jährlich verdienen. Uebersteigt das Jahreseinkommen diesen Betrag, so ist das Gesamteinkommen nicht nur der überschüssende Betrag, der Kürzung zugrunde zu legen.

Neben der allgemeinen Gehaltskürzung trifft der Gesetzentwurf Bestimmungen über die

Kürzung der Bezüge des Reichspräsidenten, des Reichsfanzlers und der Reichsminister.

Und zwar soll hier das Gehalt sowie das Uebergangsgeld für die

vorzüglich. Treulich in allen Teilen seiner Aufgabe Wilhelm Wille als Vater.

Walter Wed hieß das Orchester von allen musikalischen Skapaden zurück und begleitete die spanischen und japanischen Ereignisse mit äußerster Präzision und Feinfühligkeit. Dieses im Hinblick auf das Ganze vorzügliche Musizieren, das Wed so klug respektierte, scheint uns das Wesentliche an Wilhelms dramatischer Musik.

Der Feuervogel.

Zum Schluß, fast als Beifügung wirkend, jagt Zircowitsch, der behutende Revolutionär der neuen Musik. Dieses Werk, „Der Feuervogel“, stammt allerdings noch aus der Vorkriegszeit und war für das Kaiserliche Ballett in Petersburg geschrieben. Was uns diese Ballettpantomime noch heute liebenswert macht, ist diese eigenartige Mischung aus weicher Spieltheatralität der russischen Kunstschule und raffiniertem Klangallegretto des an den französischen Impressionisten geschulten Musikers. Strahlend farbenreicher, rhythmisch vielfältiger und vehementer Stil ist ja bei uns zu Lande hinlänglich bekannt. Wir können uns also mit einer Betrachtung der ausgezeichneten Aufführung begnügen, die die Ballettmajestren, unterstützt vom Bühnenbildner Hugo Schmitt (Dekorationen und Kostüme), geschaffen hat.

Es ist ein Märchen, die Geschichte vom Feuervogel. Ein Zauberer hält allerlei Prinzessinnen und in Klugheit verwandelte Finglinge gefangen. Ivan Jarewitsch, ein Königssohn, kommt in das Reich des Zauberers Katschei. Er fängt im Garten einen großen Vogel, der ihm als Entgelt für seine Freilassung eine Feder gibt, die ihm in Verbindung helfen soll. Als der Vogel wieder losgelassen ist, kommen die Prinzessinnen, deren Schönheit mit dem schmutzigen Prinzen ein Geispiet anfängt. Aber — o weh! — das kriegt der Zauberer spür, und er schickt seine Dämonen, die dem Prinzen arg zusetzen. In der höchsten Not, als Katschei den Königssohn schon beinahe roh gefressen hat, fällt diesem die Feder ein. Er hält damit Katschei und seine Ungeheuer in Schach, bis der Feuervogel erscheint, der die Vernichtung des Dämons und die Entzauderung all seiner Gefangenen bewirkt. Zum Schluß Triumph- und Hochzeitsmarsch des jungen Paares.

Das hat Alice Biedler ganz wunderbar in Choreographie gefeiert. Sie selbst tanzt den Feuervogel und hat besonders starke Momente in der Szene, da sie angestoll vor der Fingeländer des Prinzen flüchtet. Mit gelassen, raumgreifenden Bewegungen, und doch sehr ergaft, vertreten Damen des Balletts die Solopartien.

Die Begrenzung des Kriegsmaterials

Mehrheit für den deutschen Vorschlag in Genf

Genf, 12. November. Die Beratungen der vorläufigen Abrüstungskommission drehen sich am Dienstag um die Begrenzung des Kriegsmaterials. Dabei stieß Deutschlands Vorschlag der direkten Festsetzung auf den Widerstand der Franzosen und ihrer Gruppe, die nur die indirekte Begrenzung durch Höchstlimmen und in den Budgets wollten. Lord Cecil beantragte die Diskussion aller Methoden der Begrenzung des Materials. Litwinoff, der mit der Abfertigung gekommen war, die Konferenz nur zu entlarven, wird immer stärker zu einem Mitarbeiter an diesen Arbeiten, die er als wenig wichtig bezeichnet hatte. Best stellte er die Forderung, daß, wenn nach Cecils Vorschlag über die Gesamtheit der Fragen abgestimmt werden soll, dann auch unbedingt die Anhänger jeder Methode zu Wort kommen müssen. Trotz gewaltiger Gegenrede von Politis und Maffigil, brachte die Abstimmung eine Niederlage der französischen Rüstungsgruppe durch eine starke Mehrheit für Cecils Vorschlag. Dafür stimmten unter anderem Deutschland, Rußland, England, die Vereinigten Staaten und die nordischen Länder, dagegen Frankreich und seine Gefolgsleute Polen, Griechenland, Jugoslawien, Tschechoslowakei sowie auch die Türkei und Japan.

Darauf ging man zur Aussprache über die Artikel über, in denen alle Möglichkeiten einer Begrenzung des Kriegsmaterials enthalten sind. Marinis (Italien) erklärte sich bereit, eine kombinierte Methode der direkten und indirekten Begrenzung des Materials samt einer Veröffentlichung aller Differenzen anzunehmen. Italien könne aber nie eine Konvention unterzeichnen, in der etwa die enormen Materialvorräte vieler Staaten in ihrem heutigen Stand verewigt werden sollten. Von Deutschland wollte er wissen, ob im Falle einer direkten Begrenzung Tabellen für diese ausgearbeitet seien. Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Gibson, erklärte sich für direkte Begrenzung.

Graf Bernstorff wandte sich an Marinis, dem er mitteilte, daß die direkte Begrenzung des Materials ein sehr gutes

esien drei Monate um 20 Prozent gekürzt werden. Dieselbe Kürzung sollen auch die

Aufwandsentschädigungen der Reichstagsabgeordneten erfahren. Das ganze Gesetz soll bis zum 31. März 1934 befristet sein.

Die Begründung zum Gesetzentwurf bezeichnet die Gehaltskürzung als einen Teil der von der Regierung für 1931 geplanten Ausgabenkürzung um 1 Milliarde. Die Gehälter, Pensionen usw. der Reichsbeamten, der Soldaten und der Beamten der Reichspost betragen jährlich 2,8 Milliarden, so daß die Regierung aus der 6 prozentigen Kürzung

eine jährliche Ersparnis von 110 Millionen erwartet.

Die Kürzung der Gehälter bei der Reichspost soll dem Reiche mittelbar dadurch zugute kommen, daß die Post dem Reiche mehr als bisher von ihren Einnahmen abblefekt. Dagegen soll die Reichsbahn die gekürzte Summe für sich selbst verbrauchen.

Schlieflich der Reichstag vertritt die Regierung die Auffassung, daß das Gesetz nicht verfassungsändernd ist. Zwar gehört nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts auch das Gehalt zu den wohlverordneten Rechten der Beamten, aber in § 39 des Besoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Gehälter usw. durch einfaches Gesetz geändert werden können.

Schlieflich kündigt die Regierung noch an, daß die gleichen Kürzungen

auch bei den Beamten der Länder und Gemeinden

eintreten sollen, und daß auch an den Bezügen der Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Körperschaften nicht vorübergegangen werden könne. Für die Beamten der Länder und Gemeinden ist die Gehaltskürzung zusammen mit anderen Vorschriften in einem Gesetzentwurf zur Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung verhandelt, der ebenfalls den Reichsrat beschäftigt, und gesondelter Betrachtung bedarf.

Die Gehaltskürzung der Beamten wird im Reichstag zu den besonders umstrittenen Problemen gehören. Vor allem

über das Ausmaß der Kürzung und den Zeitpunkt

ihres Inkrafttretens wird der Streit entbrennen. Ob eine Kürzung der Beamtengehälter in dem von der Regierung vorgeschlagenen Maße erforderlich ist, muß die zeitlose Klarlegung der Finanzlage in Reich, Ländern und Gemeinden ergeben. Die Regierung hat bisher nur zugestanden, daß im Reich ein neuer Milliardenföhlbetrag entstanden ist. Sie hat sich aber darüber ausgesprochen, wie die Dinge bei den Ländern und bei den Gemeinden liegen.

Wenn aber die finanzpolitische Situation aller öffentlicher Körperschaften so ernst ist, daß die öffentlichen Haushalte ohne Ausgabenkürzung nicht ins Gleichgewicht gebracht werden können, dann können die Beamtengehälter davon nicht unberührt bleiben.

Edy Günther ist ein schmucker frischer Prinz, Elvira Gläfer das anmutige, zielrichte Prinzesschen Taufendichon im Kreise ihrer munteren Kolleginnen (Grell Benedikt, Editha Haber, Gertraud Kumm, Charlotte Roehler, Uffel Küttner, Hilde Radebusch, Anja Niehle, Ella Storch). Karl Geinung bestätigt als Zauberer Katschei wieder einmal seine Begabung für groteske Aufgaben. Sein dämonischer, grimassenhafter Tanz ist eine starke Leistung. Der Bewegungsschor der Volkshochschule, der unter Karl Geinungs Leitung steht, bewies den pädagogischen Einfluß seines Meisters. Die von seinen Mitgliedern dargestellten Ungeheuer Katschei wälzten sich mit faredenerregenden Gebärden über die Bühne, scheuend wild und doch rhythmisch famos diszipliniert. Die Präzision, mit der jede choreographische Evolution, ja jede einzelne Bewegung im Ensemble und auf die Musik abgestimmt war, befundete die fleißige Arbeit an dem Werk und das souveräne Regievermögen der Ballettmajestren.

Sehr wirkungsvoll die Kostüme (besonderen Eindruck machten die wahrhaft steinernen Mitter). Von der Wiedergabe der Partitur (Walter Wed) bis zur Beleuchtung geugte die ganze Aufführung von einer Klar und großzügig disponierenden Leitung, von einer Einheitslichkeit des Willens, die bei einem so großen Apparat besonders imponiert.

Der Beifall am Schluß war denn auch eine gerechte Dankabstaltung des enthusiastischen Publikums, das alle Beteiligten ungezählte Male an die Kante rief.

Ein moderner Obernabend! So geschickt zusammengestellt und gestaffelt, daß jeder einigermaßen vernünftige Besucher in etwas auf seine Kosten gekommen ist. Der Schlussspiel, der ja wohl auch dem ganzen Abend galt, zeigte, daß die Magdeburger nicht mehr so unerföhrlich gekränkt sind, wenn man ihnen moderne Kunst vorsetzt. Auch der gute Besuch des Theaters ließ das Beste für die Zukunft und für die Pflege der Moderne hoffen. G. d. e.

Geitrod Hamt, die lange Jahre Mitglied der städtischen Bühnen und Vertreterin von Individualitätsrollen war (unvergessen bleibt ihre Dirnentype in der „Dreigroschenoper“) ist jetzt, wie uns ein Dresdner Theaterfreund mitteilt, im Albert-Theater in der jächstigen Hauptstadt aufgetaucht, wo sie als I. komische Alie und Charakterspielerin schöne Erfolge erzielte. Auch unser verflorenen Held Herbert Mühlberg ist am Dresdner Albert-Theater beschäftigt.

Abkommen ermöglichte und die wirksamste Methode zur Abrüstung sei. Erst müsse er aber wissen, ob das Prinzip der direkten Begrenzung angenommen werde, dann könne er mit detaillierten Vorschlägen aufwarten.

Keine „Siegesfeiern“ mehr!

Die angelsächsische Bewegung zur Verbrängung der nationalistischen Siegesfeiern durch eine internationale Totenehrung am Tage der Kriegsendigung hat auch eine schwedische „Friedenswoche“ hervorgerufen, als deren Höhepunkt ein zweiminütigen Anhalten jedes Verkehrs um 11 Uhr am 11. November vorgesehen war.

Die Delegation der Abrüstungskommission verhandelte mehrere Tage darüber, ob und wie der Toten während der öffentlichen Sitzung am 11. November gedacht werden sollte. Man einigte sich darüber, daß nur der Präsident einige kurze Gebetsworte für die Toten halten sollte, und unter dieser Bedingung, daß auch in keiner Form des Waffenstillstandes es gedacht werden sollte, hatte sich die deutsche Delegation bereit erklärt, an der Totenehrung teilzunehmen. Diese internationale Ehrung aller Toten durch eine Versammlung, die besuchen wäre, für die Verhinderung kommender Massenmorde sehr wesentlich beizutragen, wollten einige deutsche übernationalistische Pressevertreter unter allen Umständen zu einem provokatorischen Zwischenfall ausnutzen. Schlieflich blieben sie einfach drauhen, während die Delegation an der Totenehrung teilnahm. Der Vorsitzende Laudon (Holland) erhob sich Punkt 11 Uhr, unter feierlicher Stille wörrlich:

„Meine Herren, heute ist der 11. November und es ist 11 Uhr. Ich bitte Sie, zur Ehre und zum Andenken an die Toten, an alle Toten des großen Krieges sich zu erheben und eine Minute still zu sammeln.“ Der ganze Saal erhob sich und verharste eine Minute in feierlichem Schweigen.

Die Personalausgaben der öffentlichen Verwaltungen in Deutschland beanspruchen jährlich 9 bis 10 Milliarden Mark, und erreichen damit

fast 50 Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben.

Wie eine wesentliche Kürzung der öffentlichen Ausgaben für nötig gehalten, so wird es daher kaum möglich sein, an den Besoldungsausgaben vorüberzugehen.

Unabhängig davon besteht die Frage, wie die Kürzung erfolgen soll. Es ist durchaus nicht einzusehen, warum alle Einkommen gleichmäßig um 6 Prozent vermindert werden sollen: Die Gehaltskürzung von 1927 hat die obere Beamten stärker begünstigt als die unteren. Wenn jetzt diese Gehaltskürzung zum Teil wieder rückgängig gemacht werden soll, ist es nur recht und billig, daß dabei ebenso die höhere Gehälter stärker herangezogen werden als die unteren!

Die Ausschüsse des Reichsrats

Die Ausschüsse des Reichsrats setzten am Dienstag die Etatsberatung fort. Nunmehr sind auch die Etats der Post und des Reichsarbeitsministeriums erledigt. Am Mittwoch sollen die Steuerentwürfe zur zweiten Beratung kommen. Mit dem Etat des auswärtigen Amtes und den übrigen noch unerledigten Etats werden sich die Ausschüsse am Donnerstag und Freitag beschäftigen.

Urteil im Spionageprozet

Das Reichsgericht verurteilte am Dienstag den Obermusikmeister Adam aus Minden wegen Spionage zu 10 Jahren Zuchthaus, seine Frau zu fünf Jahren Zuchthaus, beide außerdem zu 10 Jahren Ehrverlust.

Unterhaus für längere Schulpflicht

London, 12. November. Die Postendebattensbor-tage für die Verlängerung der Schulpflicht und die dadurch notwendig werdende Eltern-Unterstützung wurde am Dienstag nach hitziger Debatte im Unterhaus gegen 12 Uhr nachts mit 271 gegen 242 Stimmen angenommen.

Die Liberalen waren prinzipiell für die Erhöhung des schulpflichtigen Alters, jedoch gegen die Eltern-Unterstützung. Liberale und Konservative bekämpften den für das erste Jahr geforderten Aufwand von rund 6½ Millionen Pfund.

Belgische Regierungskrise

Die belgische Regierung Jaspars ist zurückgetreten. Obwohl es mit der Einigkeit der Regierung seit langem nicht weit her war, kam der plötzliche Sturz am Tage des Wiederzusammentritts der Kammer doch einigermaßen überraschend. Der Anlaß zu dem Regierungsturz ist der alte Streit um die Sprachenfrage und insbesondere um die neue flämische Universität in Gent.

Dem Drude flämischer Kreise nachgebend, hatte der liberale Die Lösung der Krise wird keine leichte Aufgabe sein. Es besteht nicht nur unter den katholischen und liberalen Verbündeten der Regierungskoalition fast in allen wichtigen Fragen die größte Uneinigkeit, sondern auch die Wirtschaft- und Finanzkrise macht gegenwärtig die Arbeit der Regierung außerordentlich schwer. — Was die sozialistische Partei anbetrifft, so hat sie gerade auf ihrem letzten Kongreß am vergangenen Sonntag die allgemeine Politik der Regierung sehr scharf beurteilt und beschlossen, keinerlei Vermehrung der Kriegskosten zuzustimmen. Die Partei ist auf alle Fälle entschlossen, bei den Neuwahlen an keiner Regierungskoalition teilzunehmen.

Notizen

Der Krieg in der Lebensgesellschaft. Senatspräsident Freymuth und seine Freunde, die dieser Tage aus der Deutschen Friedensgesellschaft ausgetreten sind, haben am Sonntag einen Aufruf an die Öffentlichkeit erlassen zur Gründung eines neuen Friedensbundes.

Kündigung wegen Lohnabbau. Die Schulfabrikanten in Vurscheid hat ihren 500 Arbeitern gekündigt. Die Kündigung bezweckt eine Verabfekung der Löhne.

Neue belgische Frankanleihe. Wie das „Journal“ aus Brüssel berichtet, beabsichtigt die belgische Regierung eine große neue Anleihe im Betrag von 1,320 Millionen Frank aufzulegen. Ein Teil der Anleihe sei auch dem Ausland zur Zeichnung angeboten worden. 700 000 Frank des Anleihebetrags seien zur Zurückzahlung des amerikanischen Stabilisierungskredits, 620 000 Frank zur Deckung des Defizits im außerordentlichen Haushalt bestimmt.

Vangalos in Untersuchungshaft. Der frühere griechische Diktator, General Vangalos, ist nunmehr wegen seines letzten Putschversuchs in Untersuchungshaft genommen worden.

Arbeitszeitverhandlungen für den Ruhrbergbau. Am Dienstag, dem 12. November, beginnen vor dem Schlichter in Essen die Verhandlungen über die Wiedereinführung der 7-Stunden-Schicht. Die Arbeitgebergewerkschaften haben diese Forderungen aufgestellt, um 20 000 Vergleute ohne große Belohnung der Selbstkosten wieder in Arbeit zu bringen. Die Unternehmer haben diese Forderung abgelehnt und zuletzt auf der Tagung des Rangamereins erklärt, daß nur Mehrarbeit eine Besserung der Lage herbeiführen könne.

Preislenkung und öffentliche Hand

Gas- und Strompreise - Die Finanzlage der Gemeinden - Tarifentungen bei Post und Eisenbahn

Das Reichswirtschaftsministerium hat in einer Verfügung nach der Ankündigung der Kohlenpreislenkung am 1. Dezember auf die Notwendigkeit einer gleichzeitig vorzunehmenden fühlbaren Senkung der Gas- und Stromtarife hingewiesen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits mit den Ländern, die größtenteils selbst über große Stromkonzerne verfügen, eingeleitet. In der Öffentlichkeit ist im Zusammenhang mit den Preisabbauforderungen eine Senkung aller öffentlichen Tarife, also nicht bloß der Strom- und Gastarife, sondern auch eine Senkung der Tarife der Reichsbahn und der Postgebühren verlangt worden. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn jetzt, insbesondere aus den Kreisen der Großindustrie, die sich am erbittertesten gegen jede Preislenkung gewehrt haben, ein flammender Appell an die öffentlichen Unternehmungen gerichtet wird, fühlbare Tarifsenkungen vorzunehmen.

Wir glauben, daß die öffentlichen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen verpflichtet sind, auch in ihrer Preispolitik Vorbildlich zu wirken. Es ist auch anzuerkennen, daß auf einzelnen Gebieten die öffentlichen Unternehmungen bereits Preislenkungen vorgenommen haben bzw. auf sie hingewirkt haben. Selbstverständlich ist es äußerst wünschenswert, wenn die Tarife der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsbetriebe, gleichfalls fühlbar gesenkt werden könnten, und es versteht sich von selbst, daß alle hier gegebenen Möglichkeiten voll ausgenutzt werden müssen. Leider sind in der Öffentlichkeit übertriebene Vorstellungen über die Auswirkungen der Kohlenpreislenkungen für die Versorgungsbetriebe verbreitet worden. Die Kohlenpreislenkung um 6 Prozent bedeutet für die Stromerzeugung eine Senkung der Selbstkosten um etwa 1/4 Pf. pro kWh. Soweit die Lieferung der Elektrizitäts- und Gaswerke an industrielle Abnehmer sowie an Verteilerwerke auf einer Kohlenpreisklausel aufgebaut ist, kommt automatisch die Kohlenpreislenkung den Abnehmern zugute. Auch hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein Teil der Großkraftwerke seinen Kohlenbedarf aus eignen Gruben deckt, sich also bei diesen Werken höchstens verrechnungsmäßig die Selbstkosten verändern. Trotzdem halten wir es für notwendig, daß sich die Ermäßigung der Kohlenkosten voll bis zum Abnehmer auswirkt.

Nun ist die Frage aufgetaucht, ob nicht die Elektrizitätswerke von sich aus über die Kohlenpreislenkung die Tarife ermäßigen sollen. Gewiß wäre es außerordentlich wünschenswert, wenn unsere Werktarife, die infolge der Finanznot der Kommunen in den letzten Jahren wiederholt heraufgehoben werden mußten, einen wesentlichen Abschlag erführen. Die öffentlichen Werke sind leider zu großen Einnahmequellen der Städte geworden, auf die sie aber in Anbetracht der jetzigen finanziellen Notlage nicht verzichten können. Im Jahre 1927/28 warfen die kommunalen Elektrizitätswerke einen Reinerüberschuß von mehr als 200 Millionen Mark ab, die Gaswerke von etwa 122 Millionen. Seitdem mußten die Abführungen der Werke weiter gesteigert werden. Es erscheint in diesem Krisenwinter unmöglich, daß die Kommunen eine Revision ihrer Werkstarife vornehmen, es sei denn, daß man ihnen andre Einnahmequellen oder Steuern zur Deckung ihrer ständig wachsenden Wohlfahrtslasten zuweist. Da die Politik der Regierung

keinerlei Entlastung für die Kommunen vorsieht,

vielmehr durch Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung noch mit einem weiteren starken Anwachsen der Wohlfahrts-erwerbslosen zu rechnen ist, sind die Kommunen außerstande, von sich aus eigne Senkungen der Tarife vorzunehmen.

Eine andre Frage ist, ob die Großkraftwerke, sowohl die öffentlichen wie die privaten, und die Lieberlandzentralen, nicht die Stromabgabe an die Verteilerwerke über das Maß der Kohlenpreislenkung verbilligen können. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Großkraftwerke als kapitalintensivste Industriezweige von dem Rückgang der Stromabgabe durch die Krise in ihrer Rentabilität besonders schwer beeinträchtigt werden. Trotzdem wäre es im Interesse der Vordrängung der Preislenkung von großer Bedeutung, wenn eine Verbilligung der Strompreise für die Großabgabe eintreten würde, die die strombeziehenden Verteilerwerke in stand setzt, auch die Haushaltstarife fühlbar zu senken.

Welche Aussichten bestehen nun für die

Senkung der Bahn- und Posttarife?

Für die Post liegen die Voraussetzungen wesentlich günstiger als bei der Bahn. Bei der Post ist zwar auch im ersten Halbjahr ein Rückgang der Einnahmen von insgesamt 16 Millionen Mark eingetreten, dem jedoch eine Ausgabenersparnis von über 20 Millionen gegenübersteht. Die Reichspost hat ferner für ihre Materialaufträge bereits 10- bis 12prozentige Preislenkungen durchgesetzt, die ihr bei voller Auswirkung beträchtliche Ersparnisse bringen dürften. Die Post hat ferner in den letzten Jahren ihre großen Investitionen zu einem erheblichen Teil aus laufenden Einnahmen finanziert. Sie könnte bei stärkerem Rückgriff auf den Kapitalmarkt Mittel für eine Gebührenlenkung frei machen.

Die Reichsbahn wird von den Auswirkungen der Krise wesentlich stärker betroffen. In den ersten 8 Monaten des Jahres hat sie einen Einnahmerückgang von nahezu 400 Millionen Mark erlitten. Dem steht allerdings auch schon bisher eine wesentliche Verringerung der Ausgaben gegen-

über. Immerhin wird für das laufende Jahr bei der Reichsbahn mit einem Defizit von annähernd 200 Millionen zu rechnen sein. Die Reichsbahn hat das Recht, bis zu 50 Millionen auf ihren großen Reservefonds in Höhe von einer halben Milliarde zurückzugreifen. Sie verfügt ferner über einen Vortrag von 170 Millionen Mark, so daß ihr die Deckung des Defizits aus diesem Krisenjahr möglich sein wird. Aus der Verbilligung der Kohlenpreise ergibt sich für die Reichsbahn in Zukunft eine jährliche Ersparnis von etwa 20 Millionen Mark, aber auch die Kosten für die sonstigen Beschaffungen lassen sich bei der Bahn noch wesentlich herabdrücken. Das gilt insbesondere für die weit überhöhten Preise bei der Lieferung von Schienen und Obermaterial. Nebenbei soll nur auf Ersparnismöglichkeiten durch

Abbau der Miesengehälter und Aufhebung der Leistungsprämie

verwiesen werden. Bei Durchführung dieser Ersparnismaßnahmen bliebe der Spielraum für eine Tarifsenkung bei der Reichsbahn immer noch wesentlich geringer als bei der Post. Sie wird aber durch die geplante 5prozente Kürzung der Beamtengehälter unbedingt notwendig, wobei wir hoffen, daß die Tarifsenkung nicht allein, wie es die Großindustrie wünscht, zu weiteren Vergünstigungen bei den Frachttarifen für Kohle und Eisen benutzt wird, sondern daß sie der ganzen Wirtschaft zugute kommt. Gerade bei den überhöhten Personentarifen, insbesondere bei den Wochen- und Monatskarten im Massenberufsverkehr, muß eine Ermäßigung eintreten.

Hilfer, der Programmabschreiber!



Wie der „Simplizissimus“ die geistige Leuchte der Nazis, den schmutzigen Adolff verhöhnt. Er läßt Karl Marx bei Hilfer erscheinen: „Adolff, Adolff! Gib den Nazis meine Theorien wieder.“ Denn Adolff hat auch aus der sozialistischen Literatur gestohlen.

Es ist allgemein bekannt, am besten wissen es die Nazis selbst, daß alle nationalsozialistischen Programmsätze und Theorien gestohlen sind. Aus allen möglichen politischen Programmsätzen und Büchern haben die „geistigen“ Führer dieser stolzen Bewegung gestohlen. Daraus wurde dann der Salat angerührt, den sie „ihr Programm“ nennen. Es kommt gar nicht darauf an, was wir für die Zukunft versprechen, am zweckmäßigsten ist, wir versprechen alles, erklären die Nazisleuchten, die Hauptfache ist, wir verwirren die Arbeiter und jagen sie der Sozialdemokratie ab.

Und dann, mit der Knute über die Arbeiter! Gewerkschaften, Lohnkämpfe usw., „diese Schweinerei“ hört dann auf, erklärte ein bekannter Naziführer. Die deutschen Arbeiter sollen Sklaven werden! Die Zeit zu den niederträchtigsten Gewalttaten erscheint den Nazis günstig, sie wollen die wirtschaftliche Not ausnutzen für ihre verbrecherischen Pläne.

Am Donnerstag spricht in der Magdeburger Stadthalle Genosse Dr. Wilhelm Hoegner (München), der die Nazis an ihren Läten genau kennengelernt hat, über diese „politische Partei“. Kommt in diese Versammlung! Die Stadthalle wird um 19 Uhr geöffnet.

Stadt Magdeburg

Das Himmelsfeuerwerk des Leonidenschwarms

Friedrich Hebel sagt in seinen Tagebüchern: „Die Menschen bewundern wohl ein Feuerwerk, aber keinen Sonnenuntergang.“ Die Leuchtkegel, die der Leonidenschwarm mit seinen Sternschnuppen alljährlich in der Zeit vom 12. bis 17. November dem menschlichen Auge darbietet, können aber an Schönheit und Großartigkeit von keinem Feuerwerk der Menschen erreicht werden. Mit welcher Begeisterung schildert Alexander von Humboldt die Beobachtung des Leonidenschwarms, den er in der Nacht vom 11. zum 12. November 1799 in Zentralamerika auf seiner großen Reise studieren konnte.

Man weiß heute, daß der Leonidenschwarm regelmäßig im zweiten Drittel des November mit seinem Feuerwerk aufwartet und daß er alle drei oder vierunddreißig Jahre mit ganz besonderer Pracht und Reichhaltigkeit erscheint. Es handelt sich bei der Erscheinung um loje Massen eines Kometen, in dessen Umlaufbahn alljährlich die Erde gerät und dessen Kernmasse alle drei bis vierunddreißig Jahre die Erdbahn berührt. Daher die große Steigerung der Sternschnuppen in den erwähnten Abständen.

Heute wissen wir auch, daß die Erde mit Abfällen aus dem Weltall reichlich versorgt wird. Wie schwer sich aber eine Erkenntnis durchsetzt, die für uns heute zu den Wissenschaften gehört, mußte unser Landsmann Chladni erleben, der 1756 am 30. November in Wittenberg geboren worden war. Dieses Genie hatte erst die Rechte studiert, ging dann aber zur Musik über. Hier begründete er die neue Musik und kam hinter das Wesen der Klangfiguren. Aber nicht nur auf diesem Gebiet hatte er Erfolge zu verzeichnen, sondern auch auf dem Gebiet der Naturwissenschaft.

Er gab 1794 eine Schrift heraus, in der er die Behauptung aufstellte, daß erstens öfter Steine und Eisenmassen vom Himmel gefallen, was man als historische Tatsache anerkennen müßte. Zweitens sei dieses Ereignis identisch mit Feuerfugeln, die nichts anderes als eine solche brennende Masse seien. Drittens seien die Massen Entzündungen aus dem Welttraum, die vorher der Erde und ihrer Atmosphäre fremd waren.

Mit dieser Wahrheit forderte Chladni den Hohn und Spott aller gelehrten Häuser heraus. Selbst die Pariser Akademie hatte eine solche Behauptung als Blödsinn erklärt.

Ja, man rechnete ihn unter diejenigen, die „alle Weltordnung leugnen und nicht bedenken, wie sehr sie an allem Bösen in der Welt schuld sind“. Vielleicht trug Chladni nicht einmal eine Perücke, wie die gelehrten Herren der Akademie. Aber kaum hatten die Philister aller Sorten Chladni gestäubt, da fandte der Himmel am 15. Juni 1794 Steine des verschiedensten Kalibers, gewissermaßen als wolle er die gelehrten Herren foppen. Heute schätzt man die himmlischen Spenden auf jährlich 20 Millionen Kilogramm.

Besonders der Leonidenschwarm trägt alljährlich zu diesen Spenden bei. Aber auch der Leonidenschwarm hat der Menschheit schon einmal bewiesen, daß die Mechanik des Himmels viel komplizierter ist, als man sich das träumen läßt. Während er sonst alle drei bis vierunddreißig Jahre mit besonderer Glut aufwartet, enttäuschte er 1899 die Erwartungen der Menschen.

In diesem Jahre war die Himmelsmetastation so, daß die Leoniden im November nicht nur die Erdbahn berührten, sondern daß der Kern des Schwarms auch gleichzeitig in die Nähe des Jupiters geriet. Dadurch wurde der Kern des Leonidenschwarms abgelenkt und das schöne Feuerwerk war futsch. Die Menschen konnten nur die schwachen Vor- und Nachläufer sehen. Selbst die himmlische Verkehrs Polizei verfuhr zumüllen. Offentlich ist der Himmel in diesen Tagen klar, damit die Beobachtung des Phänomens möglich ist.

Fr. Henneberg.

Öffentliche Kundgebung für den Wohnungsbau

Vom 14. bis 16. November findet in der Stadthalle zu Magdeburg die diesjährige Verbandstagung der Dewag, der freigeberwirtschaftlichen Zentralstelle für den gemeinnützigen Wohnungsbau, statt. Zu ihrer Eröffnung wird am Freitagabend 8 Uhr in der Stadthalle eine Kundgebung veranstaltet, in der Reichsarbeitsminister a. D. Rudolf Wissell über „Wohnungsbau und Arbeitsmarkt“ sprechen wird. Oberbürgermeister Weims wird die Delegierten und Gäste begrüßen. An der Veranstaltung wirken ferner mit das Philharmonische Orchester Magdeburg und die Chöre des Arbeiter-Sängerbundes im Unterbezirk Magdeburg.

Eintrittskarten für die Stadthalle, die zur Teilnahme an der Kundgebung berechneten, sind unentgeltlich in der Buchhandlung Volksstimme zu haben.

Wer löst den Knuddelmuddel?

Unter diesem Motto hat die Buchhandlung Volksstimme vor kurzer Zeit eine Preisaufgabe gestellt:

Bei dem Druck eines Prospektes sind in der Setzerei die Buchtaben durcheinander geraten und das Manuskript ist verlorengegangen, so daß die Titel von 25 neuen Büchern nicht mehr zu erkennen sind. Es haben sich dabei ganz originelle Wortgebilde ergeben, die zu den richtigen Titeln zusammengestellt werden sollen. Am heutigen Infertenteil ist die Preisaufgabe nochmals veröffentlicht. Wir bitten alle Bücherfreunde an der Lösung mitzuwirken.

Zur Erleichterung hat die Buchhandlung Volksstimme jetzt ein Sonderfenster gemacht. Unter den dort ausgestellten Neuerscheinungen müssen auch die 25 Titel der Preisaufgabe sein.

Für die 25 ersten richtigen Lösungen gewährt die Buchhandlung Volksstimme ein wertvolles Buch als Prämie, alle übrigen erhalten einen Trostpreis.

Der letzte Einsendungsstermin ist der 25. November 1930.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Saale! Genosse Bleich eröffnete die Versammlung mit einem Rückblick auf die Wahlen und Inipite daran Betrachtungen über die heutige Wirtschaftslage. Er wies besonders darauf hin, daß die Preise für Rohstoffe in Deutschland bedeutend über den Preisen des Weltmarktes stehen. Der Grund dafür liegt hauptsächlich in den Preisvorschriften der Kartelle und Trusts. Schon vor dem Kriege ist zum Beispiel eine Rohmaterialpreiserhöhung für 52 Mark an den Händler abgegeben worden mit der Anweisung, sie für 115 Mark an den Verbraucher abzugeben. So sieht es auch noch heute aus. Da der Baumarkt ausschlaggebend für die gesamte Wirtschaft ist, darf der Wohnungsbau nicht gedrosselt werden. Wir stehen im Kampf gegen die Regierung Brüning, trotzdem wir uns beim Mißtrauensantrag der Stimme enthalten haben. Es ist noch nicht der gegebene Moment, um die Regierung zu stürzen. Die Äußerungen der beurteilten Bombenleger weisen ja auch auf den Ernst der Situation hin. Besonders ist Breußen aber gegen alle Gefahren gewappnet, das beweist uns die Berufung Seberings und Orzejanffis.

Diesen Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion an, in der die Genossen Kersten, Gräber, Trobes, die Genossen Kaine und der Genosse Henneberg, letzterer in seiner besonders interessanten Weise, sprachen. Im Schlußwort forderte Genosse Bleich noch einmal alle auf, den Glauben an unsre Sache weiter zu stärken. Ein besserer Besuch dieses so anregenden Ausschussesabends wäre erwünscht gewesen.

Das neue Holland

Holland gilt von alters her als das Prototyp eines fruchtbaren Landes. Paradiesisch nennt es der sterbende Faust in seinen letzten Worten, die, wenn auch nicht ausdrücklich, auf jene gesegneten Gesilde hinweisen.

Über die jüngste Entwicklung dieses bewundernswerten Landes sprach im Festsaal der Maschinenbauerschule Dr. Speidmann, Privatdozent an der Universität Köln. Der alte Kampf mit dem Meere, die Trockenlegung von Oedland sind in der Nachkriegszeit von den Holländern in größtem Maßstab wieder aufgenommen.

Die Magdeburger Geographische Gesellschaft hat ihren Mitgliedern und Freunden mit dem Vortrag Dr. Speidmanns einen lehrreichen und unterhaltenden Abend beschafft.

Briefe an die „Volksstimme“

Erziehung zum Staatsbürger!

Artikel 148 der Reichsverfassung besagt, „daß in allen Schulen jettliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung zu erziehen sei.“

Erziehung zum Staatsbürger? Eine feine Sache. Aber was daraus gemacht wird, zeigte die Nazidemonstration am Sonntag. Wenn man sich nämlich die „Männer“, die in Hemdsärmeln für das Dritte Reich waren, näher ansah, dann erkannte man unter ihnen alte Bekannte wieder, die man noch am Abend vorher auf dem „Mummel“ gesehen hatte.

Es ist Schülern zwar verboten, der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeitspartei“ anzugehören, aber der Herr Studienrat brüht: wenn beide Augen zu, wenn er seine Jünger für das Dritte Reich kämpfen sah, für das er ja auch so schwärmt. „Und wie sie kämpfen! Jedem, der es hören wollte, riesen sie ihr „Deutschland, erwache!“ „Jaha, verreck!“ entgegen. Auch höhere Schüler in Jübil, mit Schülermützen und mit Halentrennen geziert, freilich nicht dabei.

Besonders gut konnte es ein Domgymnasiast, der am Mittwoch, vor dem Polizeirevier Mitte, mit seinem geradezu fabelhaften Organ einen ganzen nationalsozialistischen Sprechchor leiten. Es ist wirklich eine Erziehung zum Staate, wenn Sekundaner gegen das „verhasste“ System demonstrieren können. Gegen das System, unter dem sie „leiden“. Diese Schüler sollen einmal die Führerschaft des deutschen Volkes werden. Für sie legt der Staat jährlich 500 Mark zum Schulgeld zu. Und diese Schüler, die mindestens eine Klasse doppelt durchmachen, „demonstrieren“ dann gegen diesen Staat.

Schöne Früchte zeitigt die Erziehung zum Staat an unseren höheren Schulen.

Es wird jüster im Dritten Reich.

Wenn man abends mit der Linie 3 nach Diesdorf fährt, hört man öfter Kinder, die mit in der Straßenbahn sitzen, jubeln: „Rutti, jetzt wird es wieder heller.“ Dieses Ereignis tritt regelmäßig an der Ecke Spielplatzstraße und Große Diesdorfer Straße ein. Wohl alle Wilhelmshafenkinder haben das schon festgestellt, wenn sie beim Heimfahren ihre Zeitung lasen. Daß die andere Bedeutung mit dem neuen jüsteren Umpflanzwerk im Straßenbahn-Depot am Seeburg zusammenhängt, werden die wenigsten wissen, aber daß es eine technische Ursache hat, war allen, sogar den Kindern, klar.

Schon ein Nazi-Jugendlicher, der zwar etwas vom Honigsaugenboden versteht, aber nichts von Technik weiß, die Ursache kennt. Er fährt täglich von Diesdorf nach Magdeburg, und war beim Lesen, als es um natürlich an der Spielplatzstraße dunkler wurde. Koller Empörung stellte er fest, daß die „Verzerrung“ gerade vor dem sogenannten „Neuen Rathaus“ in Erscheinung trat. Ja, wer sollte auch sonst schon haben als das rote Rathaus? Er erregte sich in Schweißströmen auf die Stadterhaltung. Er merkte leider nicht, daß er sich jämmerlich blamierte vor den andern Mitfahrern, die alle wußten, daß der andre Strom auf der Endstraße der Linie 3 vor Diesdorf einen ganz bestimmten Sinn hat, und daß es nach Magdeburg zu nicht etwa jüster wird, weil das „Neue Rathaus“ irgend Strom verzerrt. Denn nicht das Rathaus ist die Ursache des roten Rathauses, sondern das Hellerwerden nach Diesdorf zu. Aber wie sollte ein so herabgewürdigter Dünkelhaas auch zu einer Erläuterung kommen? Das wäre den den Hauptkern des Dritten Reichs zu viel verlangt.

Die neuen Tabakpreise.

Die Verbände des Tabakgewerbes haben an den Reichsfiskus und die Reichsminister ein Telegramm gerichtet, in dem die wirtschaftliche, soziale und politische Bedenken gegen die geplante Steuererhöhung für Tabak erhoben. Die Reichsregierung hat ein Antwortschreiben zurückgeschickt, bei dem ein Verzicht von 167 Millionen Reichsmark abgelehnt. Dieses Verzicht soll aus einer gewissen, weiteren Bekämpfung des Tabaks besteht, wobei der Tabak, der schon vor dem Krieg beachtliche Steuern zu tragen hatte und der in der Nachkriegszeit, nach wie einmal für eine gewisse Zeit mit steuerlichen Belastungen in Ruhe gelassen worden ist und der heute bereits an einer erheblichen Belastung krankt, die ganz außerordentlich ist. Die Regierung will den Tabaksteuern bis zum 1. April auf das Doppelte, nämlich auf 400 Mark für den Durchschnittler heraufsetzen.

Eine ohne deutschen Tabak hergestellte Zigarette, mit einem Rohmaterialverbrauch von 20 Pfund bis 100 Pfund, hätte dann allein eine Zollbelastung von 4 Pf. und Steuer zu tragen. Dazu kommt dann noch die Handelssteuer, die vom Kleinverbraucher bezahlt werden muß und bei einer 15-Pf.-Zigarette 2 Pf. und noch 3 Pf. von Steuer betragen. Eine solche 15-Pf.-Zigarette hätte also allein durch Zoll und Handelssteuer eine steuerliche Belastung von 7 Pf. von Steuer zu tragen. Das bedeutet aber, daß für den Verbraucher, den Angestellten und Arbeiter, für die Kaufleute und die Exporteure zusammen nur etwa ein Drittel des Re-



Erster Staatsanwalt

Dr. Wilhelm Hoegner

am 18. Oktober im Deutschen Reichstag: „Wir verteidigen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, die deutsche Volksfreiheit gegen faschistische Tyrannei.“ Wir werden das deutsche Volk aus dem Opiumrausch erwecken, in den es durch die Partei versetzt worden ist, die alles verspricht. Und wenn erst die Dummen erwachen, die heute noch hinter nationalsozialistischen Versprechungen herlaufen, dann wird der Traum vom Dritten Reich bald ausgeträumt sein.“

Am Donnerstagabend spricht Genosse Wilhelm Hoegner in der „Stadthalle“ über das Thema:

Demokratischer Volksstaat oder faschistisches Screenhaus?

Die Versammlung muß eine gewaltige Demonstration der Magdeburger Republikaner und Sozialisten werden.

Den Gegnern ist Redefreiheit zugesichert. Die Führer der Nationalsozialisten sind besonders eingeladen. Anfang 20 Uhr.

Parteiengenossen, Republikaner, sorgt für einen Massenbesuch!

trags übrigbliebe, den der Raucher für die Zigarette im Handel bezahlen muß.

Jeder, der sich diese Zahlen überlegt, kann sich ausmalen, daß die Zigarettenindustrie eine solche Vorlage ablehnen muß. Die Betriebe sind einfach außerstande, die notwendigen neuen Betriebsmittel zu beschaffen. Jede Mehrbelastung treibt die Entwicklung in der Zigarettenindustrie zur Katastrophe. W. B.

— Bruch eines Wasserleitungsröhres in Budau. Am 11. November, gegen 19 Uhr, veranlaßte der Bruch eines Hauptwasserrohres in der Salzler Straße ein Ausströmen größerer Wassermengen. Das sofort benachrichtigte Wasserwerk hatte gegen 21 Uhr die dort lagernden Rohre abgestellt. Es handelt sich um ein Leitungsröhr für Budau von 559 Millimeter und ein Röhr von 457 Millimeter, beide Rohre sind ältere Leitungen, von denen das 559-Millimeter-Röhr, die Hauptleitung zur Vorstadt Budau, anscheinend gebrochen ist. Die Wasserversorgung erleidet dadurch eine kurze Unterbrechung, da vorrätighalter die drei dort lagernden Rohre, unter denen sich auch das 800-Millimeter-Röhr nach dem Hochbehälter befindet, abgestellt werden mußten. Zur Feststellung des Wasserrohrbruchs bzw. der Ursache der ausströmenden Wassermengen sind die Arbeiten noch im Gange, doch wird der Schaden in kurzer Zeit behoben sein.

Durch die ausströmenden Wassermengen war der Verkehr der Straßenbahn von 18.30 bis 19.40 Uhr gestört. Die Linie 2 wurde von dem Betriebsbahnhof Budau umgelegt, während die Vorortbahn durch Fendelsberle die Verbindung mit den Vororten bis zur Durchfahrt aufrechterhielt. Die ausströmenden Wassermengen machten eine Entzündung einer Laftenspritze der Wache Neustadt von 20.50 bis 21.40 Uhr notwendig. —

Sozialdemokratische Partei Die roten Spottvögel Paul Doppermann und Tochter

Humoristisch-satirisch-politischer Abend

Budau. Am Sonntagabend um 17.30 Uhr in der „Halle“. Eintritt 50 Pf. einschließlich Saal.

Ort - Friedrichshafen-Becker. Am Sonntag um 17 Uhr in der „Neuen Welt“. Eintritt 50 Pf. einschließlich Saal. Gäste herzlich willkommen. Gesang und Gesellschafter, sorgt für guten Besang und bringt recht viel Gäste mit!

Regist Budau. Heute, Mittwoch, um 20 Uhr, Funktionärsvorstellung in der „Halle“.

Regist Jermersleben. Am Freitag um 20 Uhr Funktionärsvorstellung bei S. Dopper.

Abend, Gedächtnis und Arbeiterjugend! Am Donnerstag müssen sämtliche Besang und Gesang zur Stelle sein. Die Aufführung erfolgt auf der Bühne.

Abend, Funktionäre! Am Sonntagabend und Sonntag findet ein Kurstag in der „Neuen Welt“ statt. Anfang am Sonntagabend um 18.30 Uhr, am Sonntag um 9 Uhr vormittags, Ende 12 Uhr. Funktionäre, die keine Einladung erhalten, sind herzlich eingeladen. Auch Mitglieder, die Interesse an diesem Kurstag haben, können daran teilnehmen. Es richtet der Genosse W o a c l vom Parteivorstand Berlin über die Nationalsozialistische Partei, ihr Programm und ihre Politik. Unkosten entstehen nicht. —

— Jüster der internationalen Kleinarbeit. Am Mittwoch, den 12. November, 20 Uhr, findet im Restaurant „Alter Fritz“, Berliner Straße ein Lichtbildvortrag statt über: „Italien, Land und Leute.“ Referent ist Genosse Lehrer Rüdiger, der mehrere Jahre seine Lehrtätigkeit in Italien ausgeübt hat. Es ist in der jetzigen Zeit von besonderem Interesse, über ein Land und Volk zu sprechen, das die sozialistischen Kettten Mussolinis zu tragen hat. Gäste sind willkommen. — Außer den Sprachkursen in Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch hat die Freiaufbau auch Unterrichtszettel in diesen Sprachen eingerichtet, die jeden Donnerstag um 20 Uhr im Restaurant „Alter Fritz“ stattfinden und Gelegenheit geben, ihre Sprachkenntnisse zu erweitern. —

— Haus und Flur und Treppen eines Hauses zu beleuchten? Im Nachbar ist der Schmiedmeister Alfred A. Eigentümer eines Hauses, in welchem auch Kletter wohnen. Am 25. März 1930 hatte Alfred A. einen Strafbefehl erhalten, gegen welchen er gerichtliche Entscheidung beantragte. Das Amtsgericht beurteilte aber A. A. zu einer Geldstrafe wegen Zuwiderhandlung gegen eine für A. A. erlassene Polizeiverordnung vom 5. Juni 1928 und stellte u. a. fest: Nachdem Frau A. am 18. Februar gegen 18 Uhr abends eine Frau im 1. Stockwerk des betreffenden Hauses besucht hatte, war sie den Treppenhof an und stieg von der heißen Treppe herab und verlor sich recht erheblich, weil die Treppe und der Treppenhof nicht beleuchtet gewesen war. Gegen seine Strafbefehl legte A. Revision beim Kammergericht ein und betonte, es sei um 18 Uhr noch nicht dunkel gewesen, die Straßenlaternen hätten auch noch nicht gebrannt. Der 1. Strafbefehl des Kammergerichts wies aber die Revision des Hauseigentümers als unbegründet zurück und führte u. a. aus, die in Rede stehende Polizeiverordnung, wonach die Eigentümer die Flure und Treppen bei Dunkelheit zu beleuchten haben, solange das Haus nicht abgeblonden sei, müsse als

rechtsgültig angesehen werden, da sie ihre Grundlage in § 6 des Polizeiverordnungsgesetzes vom 11. März 1850 finde; hiernach habe die Polizeibehörde für Leben und Gesundheit von Menschen Sorge zu tragen. Einwandfrei habe das Amtsgericht festgestellt, daß die Frau von der Treppe abgestürzt sei und sich schwer verletzt habe, weil der Flur und die Treppe nicht beleuchtet gewesen sei, obgleich das Haus noch nicht verschlossen gewesen sei. Der Angeklagte könne sich auch nicht darauf berufen, daß am fraglichen Tage die Straßenlaternen noch nicht gebrannt hätten; es könne auf den Fluren und den Treppen eines Hauses schon zu einer Zeit dunkel sein, wo es auf den Straßen noch nicht dunkel sei. —

— Radfahrer dürfen sich nicht an andern Fahrzeugen festhalten. Als A. vor einiger Zeit die Hauptstraße in Bradwebe besuchte, ließ er sich auf einer Strecke mit einer mäßigen Steigung von einem Lastkraftwagen ziehen, an dem er sich mit der Hand festhielt. Obwohl A. zu seiner Verteidigung geltend machte, er habe sich an dem Kraftwagen nur festgehalten, um sich vor dem Umfallen zu schützen, verurteilte ihn das Amtsgericht in Wiesfeld wegen Verletzung der §§ 22 (3), 83, der für Verstoßen erlassenen Polizeiverordnung vom 20. November 1926 zu 5 Mark Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte A. Revision beim Kammergericht ein und behauptete, ihm sei zur kritischen Zeit ein Auto entgegengekommen; er habe sich deshalb an dem Lastkraftwagen festhalten müssen. Das Kammergericht wies aber die Revision des Angeklagten in der Hauptsache als unbegründet zurück und führte u. a. aus, die Vorentscheidung lasse keinen Rechtsirrtum erkennen. Die formellen Rügen, welche A. erhoben habe, seien unbegründet; seine Behauptung, ein Zeuge habe sich bei Verletzung des Eröffnungsbeschlusses nicht aus dem Sitzungssaal entfernt, sei durch das Protokoll widerlegt. —

— Schornsteinbrand. Am 11. November um 20.30 Uhr rüdte Böschung 3 der Feuerwehre auf telephonische Meldung zu einem Fabrikfabrikbrand nach der Ophreistraße 52 aus. Durch die Ausmaße des Schornsteins war es der Wache nicht möglich, mit dem sonst üblichen Schornsteinlöschgerät, Kugel- und Keite, den Brand zu löschen, und sie mußte unverrichteter Sache um 21.19 Uhr wieder einrücken, da eine größere Gefahr nicht vorlag. —

X Eidegerichtet sind folgende Räder: Ein Herrenfahrad (ohne Marke), Nummer unklar, mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen, etwas gebogenem Lenker mit roten Griffen, schwarzen Schutzblechen, Luftpumpe mit dunkelrotem Griff, Freilauf; ein Herrenfahrad mit der Marke Kofe, Nr. 93 154, mit verrostetem Lenker mit roten Griffen, vorderes Schutzblech mit Lederstich, Freilauf; ein Herrenfahrad (ohne Marke), Nr. 107 434, mit schwarzem Rahmen und bläulichem Strahlentopf, gelben Felgen, schwarzen Schutzblechen, Gesundheitslenker, Verlobeleuchtung, Freilauf; ein Herrenfahrad (ohne Marke und Nummer), gut erhalten, mit schwarzem Rahmen und Felgen, Gesundheitslenker mit roten Griffen, elektrischer Beleuchtung, Freilauf, über dem hintern Rade Gepäckhalter; ein Herrenfahrad (Marke Opelkoffer), Nr. 1 237 443, mit silbergrauem Strahlentopf. Die Eigentümer der Räder werden gebeten, sich zuecks Besichtigung derselben im Polizeipräsidium — Kriminaldirektion — Zimmer 210, in den Vormittagsstunden einzufinden. —

X Gestohlen wurden folgende Fahrräder: Am 7. November aus dem Grundstück Jakobstraße 49 ein Herrenfahrad (Marke Brennabor), Nummer nicht bekannt, mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen, geradem Lenker mit roten Griffen, Freilauf; am 8. November aus dem Grundstück Alstämischer Platz 5 ein Damenfahrad (ohne Marke und Nummer), mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen mit schwarzen Streifen, Gesundheitslenker mit schwarzen Griffen, ohne Kleiderstich, Freilauf; am 9. November vor dem Grundstück Lto-von-Gueride-Straße 56 ein Herrenfahrad (Marke Meister), Nummer nicht bekannt, mit schwarzem Rahmen mit roten Strahlen, gelben Felgen mit schwarzen Streifen, aufwärtsgebogenem Lenker mit einem Griff, Verlobeleuchtung, Torpedofreilauf. Sachdienliche Angaben über die Täter und den Verbleib der Räder erbittet der Polizeipräsident — Kriminaldirektion — Zimmer 216. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Jungbanner Groß-Magdeburg. Abt. Sonntag, den 16. November, freizeithen um Ausmarsch. Landagitation. Die Jugendführer erhalten Käferes durch Rundschreiben.

Abteilung Friedrichshafen-Becker. Sonntagabend, den 15. November, 20 Uhr, findet im Cracauer Konzerthaus unter Herbergrüngen statt. Hierzu sind alle Kameraden mit ihren Angehörigen eingeladen. — Sonntag, den 16. November, vorm. 8.30 Uhr, Antreten der aktiven Kameraden am „Schwarzen Adler“.

Jungbanner Wilhelmshafen. Freitag, den 14. November, 20 Uhr, sehr wichtige Versammlung im „Bühnenpark“. Das Erscheinen aller Kameraden, auch der Nichtaktiven, ist Pflicht. — Sonntagabend, den 15. November, Antreten zur Halle Seeburg. Keiner darf fehlen.

Kadeführung Altkad. Donnerstag, den 13. November, 19 Uhr, Antreten (ohne Räder) auf dem Alten Markt. Der Zug begleitet als Schutz die 23. zur Stadthalle. —

Theater, Konzerte, Vorträge

Sozial-Gemeinde in Magdeburg. Gemeinde-Singabend unter Leitung von Musikdirektor Henning am Donnerstag, den 13. November, 20 Uhr, im Domgymnasium. Eintritt für jedermann frei. — Musikabteilung im Friedrichshafen-Becker und Wilhelmshafen. Am Montag, den 17. November, 20 Uhr, in Friedrichshafen Vortrag der Gesundheitslehre Frau M. Ewert (München) über „Gehirn- und Rückenmark“, kranke Ernährung, ihre Ursachen, naturgemäße Behandlung mit Berücksichtigung einer neuen Ernährungstheorie.“ Gäste sind willkommen. —

Freigeistige Arbeitsgemeinschaft

Bezirk Freidenkerbund, E. S., Ortsgruppe Magdeburg. Bezirk K e n e r e a b t Freitag, den 11. November, abends 8 Uhr, im „Wintergarten“ Bezirksversammlung. — Bezirk Friedrichshafen-Becker am Freitag, dem 11. Novbr., abds. 8 Uhr, bei Grafmanns Bezirksversammlung.

Aus Mitteldeutschland

Der Messerlich nach der Mutter Vom Sohn schwer verletzt.

In der Dessauer Straße in Halle hatte ein 17jähriger Arbeiter mit seiner Mutter einen Streit, in dessen Verlauf er seiner Mutter mit einem Taschenmesser einen tiefen Stich in den Kopf beibrachte. Der Täter wurde verhaftet.

Schweres Autounfall durch ein Stück Holz

Ein schweres Autounfall ereignete sich auf der Kreisstraße nach Nohlan in der Nähe von Koblentz. In das Vorderrad eines mit vier Erwachsenen und zwei Kindern besetzten Autos flog plötzlich ein Stück Holz. Dadurch verjagte die Steuerung und der Wagen fuhr in voller Fahrt gegen einen Baum. Von den Insassen erlitten zwei Frauen lebensgefährliche Verletzungen. Sie wurden dem Krankenhaus zugeführt. Die beiden Kinder und zwei Männer kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Von einem Felddieb niedergeschossen

Der Mobellsticker Richard Elste wurde in Heideburg bei Halle vom Landwirt Richard Lorenz auf dem Lorenz'schen Acker beim Felddiebstahl überrascht. Elste gab auf Lorenz einen Schuß ab und verletzte ihn durch einen Bauchschuß schwer. Nach der Tat ergreift Elste die Flucht, stellte sich aber später freiwillig der Polizei. Lorenz wurde sofort der Klinik zugeführt, sein Zustand ist sehr ernst.

Ein Motorschiff auf dem Lande

Im Ueberflutungsgebiet bei Roderode geriet ein Motorschiff aus der Stromrinne und fuhr durch das Hochwassergebiet der Schwiefen. Blöckig sah es dort fest und konnte weder vor noch zurück. Jetzt sieht das Schiff, nachdem das Hochwasser abauernd fällt, auf dem trockenen Lande.

Wegen Kindesmordes verhaftet

Eine 19jährige polnische Arbeiterin wurde in der Arbeiterkaserne in Wienburg von der Landjägerzeit wegen Kindesmordes verhaftet. Die Verhaftete konnte überführt werden, ihr neugeborenes Kind in den Leich geworfen zu haben, wo es von Arbeitern beim Schiffschneiden aufgefunden wurde.

„Opposition“ in Schneidlingen abgebligt

Die Kumpel rücken von den Stänkern ab.

In einer Versammlung der Belegschaft der Grube Cäsar bei Schneidlingen wurde zu einem Lohnbauantrag der Vertretung Stellung genommen. Der Betriebsratsvorsitzende Lenz legte das bisherige Verhandlungsergebnis dar und erbat von der Kollegenschaft für die weiteren Verhandlungen Richtlinien. Das aus der Versammlung beantragte Vertrauensvotum wurde gegen 10 Stimmen der sogenannten revolutionären Opposition angenommen. Zu Beginn der Verhandlungen wurde ein von der Opposition herbeigeholter auswärtiger Redner, es soll sich um den Kommunisten Brandt aus Magdeburg handeln, aus dem Versammlungslokal mit dem Hinweis darauf verwiesen, daß es sich um keine politische Versammlung handle, sondern daß es um Fragen gehe, die lediglich die Belegschaft der Grube selbst interessieren. Die Versammlung billigte diese Ausweisung und tat dadurch kund, daß für Spaltungsbestrebungen unter der Belegschaft der Grube Cäsar kein Platz ist.

In der Diskussion setzte sich die Versammlungsleitung mit den Machinationen der sogenannten Opposition und deren Veröffentlichungen in der „Tribüne“ auseinander. Nachgewiesen wurde diesen Luchtarbeitervertretern, daß sie zwar in den Versammlungen das große Wort führen, daß sie aber bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern eine besondere Ehre darin suchen, zu schweigen. Die gegen den Betriebsratsvorsitzenden Lenz sowie gegen den Gewerkschaftsangehörigen Grim erhabenen Beschuldigungen und Anwürfe wurden an Hand von Unterlagen widerlegt und dabei sehr deutlich betont, daß die Opposition nur mit Lug und Trug arbeite.

Groß-Ofterleben

Gemeindevertretung. Der Gemeindevorstand besaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der finanziellen Notlage in der Gemeinde. Es wurde beschlossen, die Gemeindevertretung zum Dienstag, dem 18. November, abends 7.30 Uhr, im Sitzungssaal in der Schule, Magdeburger Straße, zu einer Sitzung zusammenzurufen, in der über die Notverordnungen und über die Aufnahme eines Darlehens Beschluß zu fassen sein wird. Außerdem stehen auf der Tagesordnung der Erlaß einer Polizeiverordnung über den Handel mit Brot nach festem Gewicht und Wägen zweier Schiedsmänner für die Bezirke I und III.

Arbeitslosigkeit. In der Vorwoche wurden in unsem Orte an Erwerbslosen gegährt 882 männliche und 147 weibliche, insgesamt 1029 Personen. Stieran sind beteiligt die landwirtschaftlichen Betriebe mit 84 Arbeitslosen, Metallindustrie mit 332, Holzgewerbe 55, Nahrungsmittelgewerbe 36, Baugewerbe 166, häusliche Dienste 18, Lohnarbeit wechselnder Art 245 und kaufmännische Angestellte 17. Die Arbeitslosigkeit ist dauernd im Steigen begriffen. Bis jetzt werden demnach rund 10 Prozent der gesamten Ortsbevölkerung vom Arbeitsamt betreut. Einzuzurechnen sind dazu einige hundert Hilfsbedürftige, für die das Wohlfahrtsamt eintreten muß. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wirkt sich auf die Gemeindefinanzen zur Katastrophe aus. Wir müssen deshalb schon jetzt die Behörden darauf aufmerksam machen, unsere reine Arbeiterwohngemeinde mit außerordentlichen Mitteln nachahmen zu unterstützen.

Freiwerkerverband. Die Werkbeweche für den Kirchenaustritt hat wieder einen guten Erfolg aufzuweisen. Bis jetzt sind bereits wieder 130 neue Austrittserklärungen eingegangen. Die Listen zur Einzeichnung liegen noch bis Sonntag, den 16. November, aus beifolgenden Genossen: Karl Hermann, Breite Str. 45a; Simon Grubmacher, Mittagstraße 34; Richard Döckel, Frankestraße 66; Otto Frenzel, Vennedebener Straße. Es wird gebeten, von dieser Gelegenheit zum Kirchenaustritt Gebrauch zu machen, da die umständlichen Wege zum Amtsgericht gesparrt werden. In einem der nächsten Sonntage — Genaueres wird noch bekanntgegeben — wird in den „Gans-Etten“ ein Notar anwesend sein, durch den die Beglaubigungen kostenfrei vorzunehmen werden.

Frecher Einbruch. In der Nacht zum Dienstag suchten Diebe das Geschäft des Hutmachers H. Neße am Fiedplatz heim. Sie zerbrachen die eiserne Tange und das Vorhängeschloß, mit dem der Vorhang geschlossen war, und drückten alsdann die Scheibe ein. Neße, der seine Wohnung in einer andern Straße hat, wurde in der Nacht noch von Rapsanten auf den Einbruch aufmerksam gemacht. Die gestohlenen Sachen sind von erheblichem Wert; es sind eine ganze Anzahl Herren- und Frauenkleider, Röcke und Tücher von feineren Stoffen entwendet worden. Die Nachforschungen nach den Tätern sind aufgenommen. Wer noch sachdienliche Mitteilungen machen kann, die streng vertraulich behandelt werden, wird gebeten, die Polizei in Kenntnis zu setzen.

Neuvenkranker flieht Fahrrad. Vor zwei Wochen melbten wir die Festnahme eines anscheinend geisteskranken Menschen, der aus Berlin kam und dessen Name als Walter Matter, Berlin, am Virchowstraße 15, festgesetzt wurde. Er wurde seinerzeit dem Krankenhaus zugeführt. Das Rad, das er bei sich führte, ist als gestohlen festgestellt. Wer ein Herrrad Rad „Alba“ vermisst, kann Meldung an die Polizei erstatten.

Schluß mit dem Nazi-Banditentum

Saalschlacht in Kirchmöser - Nazi-Verbrecher auf Lastautos herangeholt

Zimmer wieder führt das empörende Auftreten der Nazi-Banditen, besonders im Kreise Jerichow 2, zu blutigen Zusammenstößen mit der Arbeiterschaft. Nachdem erst kürzlich in Jerichow und Genthin sich blutige Auseinandersetzungen ereignet haben, ist in Kirchmöser wiederum eine blutige Saalschlacht gewesen, wobei es viele Schwerverletzte auf beiden Seiten gegeben hat und die Landgenossendarmerie völlig machtlos war, so daß die Einrichtung eines Lokals geräumt wurde und zwei Mergle sich um die Verletzten bemühten und deren Ueberführung ins Krankenhaus anordneten.

Bürgerliche Zeitungen melben, daß zu dieser Saalschlacht Nationalsozialisten aus Brandenburg, Burg und Magdeburg herangeholt worden sind. Die „Brandenburger Zeitung“ schreibt:

Am Abend rückte der Feind an. Das Lokal von Hachmann sollte der Kriegsschauplatz werden. Um 8 Uhr war der Saal bereits besetzt. Die Sozialdemokratische Partei schickte zum Schutze ihres Diskussionsredners vierzig Mann in den Saal, Angehörige vom NS. Um 20 Uhr marschierte dann der Nazi-Stoßtrupp in den Saal. Merkwürdige Gestalten, diese Helben vom Dritten Reich. Von ihnen neunzig Mann waren vielleicht zwanzig mahlberechtigt. Als der letzte dieser Verbrecher Deutschlands im Saale war, da griffen sie auch schon zu den Stühlen und schlugen auf die Angehörigen vom NS. Ein. Eine Viertelstunde lang trachteten Stühle und Tische, hin und wieder gab's einen Aufschrei. Die übrigen Versammlungsteilnehmer suchten so schnell als möglich ins Freie zu kommen. Als die Landjäger eingreifen wollten, da war die Schlacht bereits entschieden. Die Erneuerer Deutschlands hatte man in eine Ecke gedrängt. Die Landjäger befreiten sie aus ihrer Lage, indem sie einen Republikaner nach dem andern aus dem Saale wiesen, das Ergebnis der Schlacht: Hitler hatte 16 Verletzte, der NS. sechs. Die Einrichtung des Saales entsprach der Hitze des Gefechts. Natürlich war es nun nichts mit der Versammlung in Kirchmöser. Die Arbeiterschaft wird auch fernerhin dafür sorgen, daß solche Herden keinen Boden gewinnen.

Wann und wo wird der nächste Zusammenstoß erfolgen? Eine Naziversammlung in Genthin z. B. würde eine Herausforderung der Arbeiterschaft bedeuten mit unabwendbaren Folgen. Deshalb muß verlangt werden, daß den Stöcklingen der Nazis, die im Kreise immer wieder auf so „legalem“ Wege die Republik beseitigen wollen, das Handwerk gelegt wird.

Das Erscheinen der Nazi-Stoßtrupps kann nunmehr nur als Störung der öffentlichen Ruhe aufgefaßt werden. Das scheinen die Behörden so langsam einzusehen. Doch genügt es heute nicht

mehr, nur Warnungen zu erlassen, wo die Polizei den Dingen nicht mehr gewachsen ist, wie es alle Fälle beweisen haben.

Zu den blutigen Auseinandersetzungen hat der Landrat des Kreises an alle Ortsbehörden und an die Öffentlichkeit eine Bekanntmachung gerichtet, um ernsthaft darauf hinzuweisen, daß seitens der staatlichen und kommunalen Behörden alles getan werden muß, um in Zukunft derartige bedauerliche Vorfälle zu verhindern. Vor allem ist es unbedingt erforderlich, die Bevölkerung auf die in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen. In erster Linie bringt der Landrat die Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung gegen Waffenmißbrauch vom 25. Juli 1930 in Erinnerung, die gerade aus dem Grunde erlassen ist, blutige Auseinandersetzungen bei politischen Versammlungen zu verhindern. Nach § 8 dieser Verordnung wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft, wer gemeinsam mit andern zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint und dabei bewaffnet ist. Da als Mindeststrafe für dieses Vergehen eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten festgesetzt ist, darf seitens der Gerichte bei einem Verstoß gegen diese Bestimmung Bewährung nicht in seinem Falle gewährt werden. Als „bewaffnet“ im Sinne dieser Verordnung ist nicht nur derjenige anzusehen, der eine Waffe im technischen Sinne (Pistole, Dolch, Gummiknüppel und dergl.), sondern jeder, der einen Gegenstand bei sich führt, der im Einzelfalle geeignet und offenbar dazu bestimmt ist, als Waffe zu dienen.

Wir sind nun wirklich gespannt, ob diese Bestimmungen gegen Nazis angewendet werden, oder ob man nur gegen Republikaner vorgeht, wenn sie den Terror und die Angriffe der Nazis abwehren.

Das gewalttätige Auftreten der Nazis ist doch Vorbereitung zum Bürgerkrieg. Dagegen müssen von den Behörden wirksame Gegenmittel angewandt werden. Wenn die Maßnahmen der Kreisverwaltung nicht ausreichen, dann sollten die Behörden das Reichsbanner einsetzen, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.

So wie bisher kann es nicht mehr weitergehen! Die Arbeiterschaft läßt sich die Frechheiten und Bedrohungen durch die Nazi-Banditen einfach nicht gefallen. Viel zu warmen gibt es also jetzt nicht mehr. Nur scharfe Maßnahmen können gegen den Nazi-Terror helfen, sonst haben wir den Bürgerkrieg.

Man lese doch, mit welchen Verbrechen die Hugenberg-Zeitungen über die Gegenmaßnahmen der Arbeiterschaft herziehen. Es ist höchste Zeit, daß sich die republikanischen Behörden rücksichtslos gegen die Nazistrolche mit allen ihren Machtmitteln zur Wehr setzen.

Al-Wanzleben. Dividenderhöhung der Zuckerfabrik Klein-Wanzleben, vormals Rabbehtge & Giesecke, Aktien-Gesellschaft.

In der in Magdeburg abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung wählte der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Generalversammlung, W. Lippert (Magdeburg), dem am 16. April verstorbenen Vorstandsmitglied Defonomierat Ernst Giesecke einen herzlichen Nachruf. Die Generalversammlung, auf der 18,61 Millionen Mark Aktienkapital durch 87 218 Stimmen vertreten waren, genehmigte den Abschluß für das Geschäftsjahr 1930. Es wurde beschlossen, aus dem verbleibenden Reingehalt von 2 140 744 Mark (i. V. 1 698 452 Mark) 8 Prozent Dividende (i. V. 6 Prozent) zur Verteilung zu bringen und den Restbetrag von 179 445 Mark (183 952) auf neue Rechnung vorzutragen. Kaufmann Paul Büchting (Magdeburg) wurde in den Vorstand berufen. Kommerzienrat Dr. Erich Rabbehtge erklärte, daß es schwer sei, etwas über den endgültigen Verlauf des derzeitigen Geschäftsjahres zu sagen.

Folgen der Arbeitslosigkeit

Zwei Arbeitslose aus Genthin-A. hatten sich in einer Feldschene in der Feldmark eingenistet, um angeblich von dort aus Wildbühnen zu betreiben. In einem Maschinenchuppen am Seedorfer Wege wurden sie vom Landjäger Junge und andern Personen dabei betroffen, als sie sich auf einem Spirituskocher, der aus einem Einbruch herrührte, Kartoffeln kochten. Nach anfänglichem Leugnen gaben die beiden zu, wiederholt in der Altenplathoner Feldmark gestohlen zu haben. Eine Hausdurchsuchung förderte ein Leihjag zutage.

Die beiden Arbeitslosen haben sich auch noch wegen anderer Straftaten zu verantworten, z. B. wegen Einbruchs in eine Jagdhütte bei Genthin. Ferner sind sie auch geistig, den Maschinenchuppen aufgedrungen, einen Teil der darin befindlichen Maschinen autwillig zerstört und einige Sachen davon entwendet zu haben. Weiter haben sie zugegeben, den Hausgiebel an einem Hause in Genthin-A. derart mit Farbe bemalt zu haben, daß diese Bemalung — „Rot Front“ — nicht wieder zu entfernen war, weiter aber auch einem Landwirt einen bereits mit Zuderrücken beladenen Wagen teilweise entladen zu haben.

Fischbed. Ein Köhles Bad mußte am Montag ein junger Mann aus Tangermünde nehmen, um seinen Handlahn zu reiten, da der Fahrverkehr fast vollständig eingestellt ist und der Verkehr zum Fischbeder Deich bei dem jetzigen Hochwasser auf diese Weise gesteht. Der junge Mann war mit seinem Auerboot von Tangermünde aus bis an den Fischbeder Elbdeich gerudert und machte an dem Geländer der kleinen Brücke das Boot fest. Die Strömung war aber sehr stark. Blöcklich trieb das Boot ab und machte sich an den gleich dahinter stehenden Bäumen, die vom Hochwasser umgeben sind, fest. Kurz entschlossen entledigte sich der Besizer des Bootes seiner Kleidungsstücke, sprang in die kalten Fluten und schwamm mit kräftigen Schlägen zu dem Ausreißer, brachte das Boot wieder zurück und „verankerte“ es aber diesmal sturmfest. Das Bad zu dieser Jahreszeit dürfte gerade nicht angenehm sein.

Burg. Ziegler-Prozeß am 27. November. Der Prozeß gegen den Kriminalkommissar Ziegler aus Burg wegen Meineids und Amtsvergehens beginnt vor dem Magdeburger Schwurgericht am 27. November. Es ist dies der einzige Prozeß dieser Schwurgerichtsperiode.

Schwer gebüfter Freundschaftsdienst

Freundschaft verband den Schmied Wilhelm Fr. aus Kobbelt und den Arbeiter Wilhelm Od. aus Tangerhütte. Beide waren Familienbater. Leider Straftäter zeigten schon Schriftzeichen. Auf der gleichen Arbeitsstätte übten sie ihren Beruf aus. Od. hatte Fr. die besser bezahlte Arbeitsstelle auf der Hütte zu Tangerhütte besorgt. Zu Dank fühlte er sich verpflichtet. Od. war als Angeklagter in einem Strafprozeß auf jütischen Gebiet und wegen jahrlängiger Föhung verurteilt. Einen Zeugen benötigte er, der eine bestimmte Aussage für ihn machte.

Fr. fand sich, eingedenk seiner Dankeschuld, aber sich auch der Tragweite seiner Rolle nicht recht bewußt, hierzu bereit. Unter seinem Eid befandete er vor dem Schöffengericht zu Stendal, daß er in der Nacht vom 26. zum 27. März 1930 gegen 1 Uhr nachts in der Wohnung des Od. gewesen wäre und ein Fräulein K. dort nicht gesehen hätte. Diese am 1. Juni beendete Aussage stellte sich als falsch heraus.

Fr., der seine Tat tief bereute, war im vollen Umfang geistig, den Meineid geleistet zu haben und von Od. dazu, zum Teil unter Drohung, verleitet worden. Od. der bei weitem gewiegtere von beiden, hatte vor dem Untersuchungsrichter ebenfalls ein Geständnis abgelegt, das er jedoch kurz vor der Verhandlung wiederlegte. Alle näheren Ereignisse und Vorkommnisse der ganzen Angelegenheit, die Fr. ihm vorhielt, stritt er mit finsterner Stimme ab. Alles wäre erlogten, meinte er.

Das Gericht erkannte gegen Fr. wegen Meineides auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus; gegen Od. wegen Verleitung zum Meineid 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus. Unter Einberechnung der bereits gegen ihn verhängten Strafe von 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus wurde eine Gesamtstrafe von 2 Jahr 5 Monaten Zuchthaus gebildet. Weiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen zu werden. Eine besonders harte, kaum verständliche Maßnahme erließ das Gericht noch gegen den 27jährigen Angeklagten Fr. Er durfte nicht in die Freiheit, nicht zu Weib und Kind, nicht zur festen Arbeitsstätte zurückkehren. Nichtverbot bei der Höhe der Strafe läge vor.

Strafe mußte sein, das war gewiß, aber daß dieser Beschluß das wichtigste Maßnahmestück bei den vielen Zuhörern erregte, war zu verstehen.

Die Pflicht ruft

Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt.

In die Ortsausführung für Arbeiterwohlfahrt und an die Ortsvereine der Partei!

Zum fünften Male führt sich die Arbeiterwohlfahrt-Weihnachtslotterie. Auch in unserem Bezirk werden, wie in jedem Jahre, viele dafür vertrieben. Nachdem wir alle Bestellungen der Ortsausführung und Ortsvereine erledigen konnten, verbleibt noch eine ganze Anzahl Lose in unserer Besitz. Wichtig ist aber, daß alle Lose verkauft werden. Deshalb erwarren wir von den Orten, die bis jetzt ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben haben, daß sie sich eilends das Verbleibende nachholen. Der restliche Absatz aller Lose gibt der Arbeiterwohlfahrt die Möglichkeit, ihre sozialen Aufgaben durchzuführen. Gerade in diesem Jahre ist die Not ungemessen groß. Jedes verfallene Los dient zur Abwendung dieser Not. Die Mitarbeit aller Genossen ist ein wertvoller Beitrag zum Erfolg der Lotterie. Verkaufsstellen:

Bezirksausführung für Arbeiterwohlfahrt.

Magdeburg, Regierungstraße 1, H. J. M. A. Krüger.

Große Gewerkschafts- und Parteifundgebung in Bahrendorf.

Am Sonntag, dem 18. November, veranstaltet der Landarbeiterverband mit Unterstützung der Partei und unter dem Schutze der Reichsbannerkameraden eine Kundgebung für die Orte Walsleben, Stierweddingen, Altenweddingen, Schwandern, Südborf, Osterweddingen, Langenweddingen, Wolmirsleben und Umgebung in Bahrendorf im Lokal von Fiedler. Um 2.30 Uhr nachmittags müssen sich alle genannten Orte die Mitglieder unserer Organisation in Bahrendorf einfassen. Die große gemeinsame Konferenz beginnt um 3 Uhr im Fiedlerschen Saale. Am politischen Teile der Kundgebung redet Parteisekretär Ernst Schumacher (Magdeburg) über das Thema:

„Güter am Schandpfahl der Zeit!“

Der gewerkschaftliche Teil bringt einen Vortrag des Kreisleiters des Landarbeiterverbandes, Genossen Karl Schrabert, über das Thema:

„Arbeiterleben, Arbeitslosigkeit und reaktionäre Lohnpolitik.“

„Stärkt die Gewerkschaften, Proleten!“

Anschließend Aussprache der Vertretungen aus den Ortsvereinen. Nach der Saalveranlassung Demonstration durch Bahrendorf und Altenweddingen. Das Reichsbanner hat die Führung und leitet den großen Paradezug zum Fiedlerschen Saal. Dort Vortrag des Genossen Schumacher über das Thema:

„Hakenkreuz, das Zeichen politischer Verbrechen!“

Genossen und Genossen, beteiligt euch alle an unserer Abwehr gegen den Faschismus! Unsere Aktivität muß in den nächsten Wochen zur Offenbarung gegen die Reaktionäre aller Schattentriebe werden. Die Fahnen der Republik und des Sozialismus frei! Trüff gefaßt! Vorwärts zum Kampf!

Das Parteisekretariat. Ernst Schumacher.

Kreis Wanzleben.

Verkehrsamt Osterweddingen.

Am Dienstag, dem 18. November, findet in Osterweddingen eine große Kundgebung statt, veranstaltet von der Sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaften, dem Reichsbanner und den Arbeiterpostillen. Redner ist der Magdeburger Polizeipräsident Baerensprung. Thema: „Denkmal für die Arbeiter — aus dem Faschismus!“

Wir fordern die Bevölkerung von Osterweddingen und den umliegenden Orten auf, an dieser Kundgebung teilzunehmen. Lokal ist „Goldener Löwe“.

Verkehrsamt Walsleben.

Wir berufen zu Sonnabend, dem 15. November, eine Sitzung der Funktionäre für die Orte Groß-Dietzleben, Hohendöbelchen, Dornweddingen, Klein-Rohlsleben und Schleibitz nach Walsleben ab 10 Uhr im Lokal Goldene Erde ein. In der Konferenz sollen wir Stellung nehmen zur politischen Lage und organisatorische Fragen für den Kampf gegen die Faschisten besprechen.

Das Parteisekretariat. Ernst Schumacher.

Behördliche Mitteilungen

Groß-Ofterleben.

Jugendpflege. Der Ortsausführung für Jugendpflege hält am Donnerstag, dem 12. November, 10 Uhr, im Rathaus eine Sitzung ab. Das Erscheinen aller Delegierten der Arbeiterwohlfahrtorganisationen ist notwendig.

Neue Gaspreise. Die Preise für Gas und elektrischen Strom für Nichtmitglieder sind herabgesetzt worden, und zwar für Gas von 25 auf 24 Pf. pro Kubikmeter und für den elektrischen Strom von 35 auf 33 Pf. je Kilowattstunde. Die Berechnung wird erstmalig beim Ablesen am 15. November in Erscheinung treten.

